

Staatsrechnung 2002

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 25. März 2003, RRB Nr. 2003/538

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission

Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

	Kurzfassung	3
1.	Übersicht	5
1.1	Die wichtigsten Rahmenbedingungen für die Staatsrechnung 2002	5
1.2	Die Eckwerte der Staatsrechnung 2002	7
1.2.1	Vergleich Voranschlag zu Rechnung 2002	8
1.2.2	Vergleich Rechnung 2001 zu Rechnung 2002	10
1.2.3	Graphische Darstellung der Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen	12
1.3	Globalbudgets	14
1.4	Auswirkungen des Reform- und Sanierungsprojektes SO+	20
1.5	Kosten der Sanierung und Privatisierung der Solothurner Kantonalbank	22
2.	Entwicklung der Besoldungskosten	24
3.	Stand der Verpflichtungskredite	26
4.	Entwicklung der kantonalen Finanzlage	24
5.	Entwicklung in den einzelnen Departementen	28
5.1	Erfolgsrechnung	28
5.1.1	Behörden	28
5.1.2	Staatskanzlei	28
5.1.3	Bau – und Justizdepartement	28
5.1.4	Departement für Bildung und Kultur	30
5.1.5	Finanzdepartement	32
5.1.6	Departement des Innern	38
5.1.7	Volkswirtschaftsdepartement	41
5.1.8	Gerichte	42
5.2	Investitionsrechnung	42
5.2.1	Bau- und Justizdepartement	42
5.2.2	Departement für Bildung und Kultur	43

5.2.3	Finanzdepartement	
43		
5.2.4	Departement des Innern	
44		
5.2.5	Volkswirtschaftsdepartement	
44		
6.	Bilanz	44
6.1	Übersicht	44
6.2	Finanzierungsnachweis	45
6.3	Bürgschaften, Eventualverpflichtungen und Regressforderungen	46
7.	Verfassungsmässigkeit	47
8.	Antrag	47
	Revisionsbericht zur Staatsrechnung 2002 der kantonalen Finanzkontrolle	48
9.	Beschlussesentwurf	52

Kurzfassung

Die Rechnung 2002 schliesst mit einem operativen Defizit (Bruttoertragsüberschuss minus ordentliche Abschreibungen) von 9,5 Mio. Fr. und einem Gesamtdefizit von 141,9 Mio. Fr. ab. Im Gesamtdefizit ist im Unterschied zum operativen Defizit die „theoretische“ Abschreibung des Bilanzfehlbetrags enthalten. Der Bilanzfehlbetrag steigt um 9,5 Mio. auf 671,3 Mio. Fr. an.

Die Nettoinvestitionen von 71,4 Mio. Fr. können zu 100,4% aus eigenen Mitteln finanziert werden. Der Finanzierungsüberschuss beträgt 0,3 Mio. Fr. und die Nettoverschuldung sinkt um diese 0,3 Mio. Fr. von 1'063,8 Mio. Fr. per Ende 2001 auf 1'063,5 Mio. Fr. per Ende 2002.

Das Ergebnis der Staatsrechnung 2002 ist besser ausgefallen als budgetiert:

- Die **Erfolgsrechnung 2002** schliesst mit einem „operativen“ Defizit von 9,5 Mio. Fr. ab (Vorjahr: 13,7 Mio. Fr.). Bei einem budgetierten operativen Aufwandüberschuss von 16,0 Mio. Fr. ergibt sich gegenüber dem Budget eine Verbesserung von 6,5 Mio. Fr.
- In der **Investitionsrechnung** liegen die Ausgaben um 9,6 Mio. Fr. und die Einnahmen um 26,7 Mio. Fr. über dem Budget. **Netto liegen die Investitionen 17,1 Mio. Fr. unter dem Voranschlag. Sie betragen im Jahr 2002 71,4 Mio. Fr. (Vorjahr: 72,3 Mio. Fr.)**

Dass das Ergebnis besser ausgefallen ist als budgetiert, ist in erster Linie auf die folgenden Umstände zurückzuführen:

- Die anhaltende gute Konjunkturlage ganz zu Beginn des neuen Jahrtausends wirkt sich auch in der Staatsrechnung 2002 noch aus: Die **Steuererträge** der Juristischen Personen, insbesondere diejenigen, welche die Vorjahre betreffen, sind bedeutend höher als budgetiert ausgefallen (insgesamt +19,2 Mio. Fr.). Auch bei den Natürlichen Personen sind netto 10,2 Mio. Fr. Mehrerträge zu verzeichnen. Auch hier resultieren die Mehreinnahmen in erster Linie aus Erträgen, welche die Vorjahre betreffen sowie auf einen höheren Quellensteuereingang.
- Bei den Beschäftigungsprogrammen (arbeitsmarktliche Massnahmen) konnte ein einmaliger und **ausserordentlicher Ertrag** von 5,8 Mio. Franken verbucht werden.
- Die budgetierte **Bruttobesoldungssumme** wurde um rund 8 Mio. Fr. unterschritten.
- Die 29 **Globalbudget-Dienststellen** schlossen insgesamt um 10,6 Mio. Fr. besser als budgetiert ab (vgl. Voranschlag ohne Teuerungszulage, Rechnung ohne Teuerungszulage).
- Die **Rückstellungen** für die Globalbudget-Stellen konnten um 1,5 Mio. Fr. verringert werden, da per Ende 2002 für insgesamt 15 der 29 Dienststellen die Globalbudget-Periode ausläuft und in der Regel nur die Hälfte der kumulierten Reserven auf die neue Globalbudget-Periode übertragen werden kann.

- Weiter liegen die **Schulgelder** für Berufsschulen, Mittelschulen, Fachschulen und Fachhochschulen um 5,1 Mio. Franken unter dem Budget.

Dass die Rechnung angesichts der obigen Zahlen nicht noch besser abschloss, ist auf diverse Mehrbelastungen gegenüber dem Budget zurückzuführen. Zu erwähnen sind hier insbesondere die unter den Erwartungen liegenden Erträge aus Bundesanteilen (– 9,1 Mio. Fr.) und die Mehrausgaben in den Bereichen Betriebsbeiträge an inner- und ausserkantonale Heime (+ 7,8 Mio. Fr.), Betriebsbeiträge an Spitäler (+ 18,7 Mio. Fr.) und Defizitbeiträge an die Sonderschulen (+ 5 Mio. Fr., bedingt durch periodengerechte Abgrenzung der Beiträge).

Alle Werte der zentralen Finanzkennzahlen konnten zudem auch gegenüber dem Vorjahr (Staatsrechnung 2001) verbessert werden:

Kennzahl	Rechnung 2001	Rechnung 2002
Cash Flow (in Mio. Fr.)	44,7	71,6
Operatives Defizit (in Mio. Fr.)	13,7	9,5
Gesamtdefizit (in Mio. Fr.)	143,3	141,9
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	61,8	100,4
Finanzierungsüberschuss (+), bzw. – fehlbetrag (–), in Mio. Fr.	– 27,6	+ 0,3

Wesentliche Mehrbelastungen gegenüber dem Vorjahr resultierten in den folgenden Bereichen:

- Gegenüber der Rechnung des Vorjahres ist bei den Schulen insgesamt ein Mehraufwand von Fr. 18,8 Mio. Fr. zu verzeichnen. Neben erstmals verrechneten Mietkosten an die Mittel- und Berufsschulen in der Höhe von 13,2 Mio. Fr. (für den Kanton insgesamt kostenneutral), fällt der **erfolgswirksame Mehraufwand bei den Volksschulen auf (+ 8,4 Mio. Fr. netto)**. Dieser Mehraufwand ist hauptsächlich auf die per Ende 2002 erstmals vorgenommene periodengerechte Abgrenzung der Beiträge an Sonderschulen und ausserkantonale Schulheime zurückzuführen (Bildung von transitorischen Passiven in der Höhe von 5 Mio. Fr.). Weiter sind die Defizitbeiträge an Sonderschulen und an inner- und ausserkantonale Schulheime stark angestiegen.
- Ein weiterer wesentlicher Kostentreiber sind einmal mehr die **Betriebsbeiträge an die Spitäler**. Sie erhöhten sich im Berichtsjahr von 92,7 auf 126,7 Mio. Fr. **(+34,1 Mio. Fr.)**.
- Erneut stark angewachsen sind ebenfalls die **Ergänzungsleistungen AHV/IV**. Betrag der Nettoaufwand für den Kanton im Jahr 2001 noch 9,2 Mio. Franken, so beläuft er sich 2002 auf 21,4 Mio. Fr. Dies entspricht einer **Zunahme von 12,2 Mio. Fr.**
- Im Jahr 2002 wurde die **Teuerungszulage** für das Staatspersonal und die Lehrkräfte erneut, um 2,3 Indexpunkte von 102,8 auf 105,1 Punkte gemäss dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Mai 1993=100, erhöht. Diese Massnahme verursachte Mehrkosten in der Grössenordnung von **15,7 Mio. Fr.**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
 Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen Botschaft und Entwurf zur Staatsrechnung 2002.

1. Übersicht

1.1 Die wichtigsten Rahmenbedingungen für die Staatsrechnung 2002

Formell richtet sich die Staatsrechnung 2002 nach der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Januar 1981 (Fassung gemäss Änderungen vom 5. Juli 1995 und vom 12. Dezember 2001).

Materiell waren vor allem die folgenden finanzpolitischen Vorgaben und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

- Es wurde eine **Staatssteuer von 100 %** erhoben.
- Die **Spitalsteuer** ist seit **1. Januar 2001 von 8 auf 10 Prozent** erhöht. Die auf 5 Jahre befristete Erhöhung der Spitalsteuer um 2 Prozentpunkte resultiert aus dem vom Kantonsrat im Zusammenhang mit der Bewilligung der Schlussetappe der baulichen Sanierung der stationären Einrichtungen der Psychiatrischen Dienste des Kantons Solothurn (Erwachsenen- sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie) gefassten Beschluss vom 6. September 2000.
- Der **Ertrag der Spitalsteuer von netto 56,1 Mio. Fr.** wurde wie bereits in der Staatsrechnung 2001 **zu 60 % als Einlage in den Spitalaufonds** und zu **40% für die teilweise Deckung der Spitaldefizite** verwendet.
- Der **Allgemeine Treibstoffzollanteil** von 11,35 Mio. Fr. (Vorjahr: 11,1 Mio. Fr.) wurde hälftig der Laufenden Rechnung und dem Strassenaufonds zugewiesen.
- Im Gegensatz zum Jahr 2001, als der **Ertrag aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA)** erstmals anfiel, wurde dieser Ertrag im Jahr 2002 nicht je zur Hälfte der allgemeinen Staatsrechnung und dem Strassenaufonds, sondern vollumfänglich dem Strassenaufonds zugewiesen (6,8 Mio. Fr.).
- Im Jahr 2002 wurde wie bereits im Jahr 2001 wieder eine Erhöhung der **Teuerungszulage** gewährt. Die Teuerungszulagen wurden für das Staatspersonal und die Lehrkräfte an den Volksschulen um 2,3 Indexpunkte (entspricht 2,2 Lohnprozenten) erhöht und

die Teuerung damit auf 105,1 Punkte nach dem Landesindex der Konsumentenpreise (Basis Mai 1993=100 Punkte) ausgeglichen.

- Die budgetierten **Abschreibungen** sind mit **10 % auf dem Verwaltungsvermögen** und **100 % auf den Spezialfinanzierungen** (Spitalbauten usw.) in der Rechnung enthalten. Für die **Abschreibung des Bilanzfehlbetrages** sind **132,4 Mio. Fr.** eingesetzt (20 % des Bilanzfehlbetrages per 31.12.2001 gemäss revidierter Finanzhaushaltsverordnung).

- Mit dem Rechnungsabschluss wurden folgende **Rückstellungen gebildet**:
 - Die Rückstellung für mögliche Bürgschaftsverluste aus Wirtschaftsförderungsmassnahmen wurde um 113'000 Fr. auf rund 900'000 Fr. erhöht.
 - Für Pensenüberhänge am Lehrerseminar und für Zahlungen an Praktikumsbetriebe des Bildungszentrum für Gesundheitsberufe wurde insgesamt eine Rückstellung von rund 360'000 Fr. gebildet.
 - Für diverse andere Dienststellen wurden die Rückstellungen insgesamt und per saldo um rund 500'000 Fr. erhöht.
- Im Jahr 2002 konnten/mussten folgende **Rückstellungen aufgelöst** werden:
 - Für Lohnnachzahlungen an Kindergärtnerinnen mussten rund 0.9 Mio. Fr. aufgewendet werden. Die Finanzierung erfolgte über eine teilweise Auflösung der in den Vorjahren für diesen Zweck gebildeten Rückstellung. Per Ende 2002 beträgt die Rückstellung für Lohnnachzahlungen an Kindergärtnerinnen noch rund 1,9 Mio. Fr.
 - Die Rückstellung für ausstehende Darlehen im Bereich der arbeitsmarktlchen Massnahmen (AWA) konnte um 2,8 Mio. Fr. verringert werden und beläuft sich per Ende 2002 noch auf 2 Mio. Fr.
 - Der Delkrederebestand nahm insgesamt um 0,3 Mio. Fr. ab und beläuft sich per Ende 2002 noch auf 2,2 Mio. Fr.
 - Die Rückstellung für nicht beanspruchte Globalbudgetkredite (Globalbudgetreserven) konnte um 1,5 Mio. Fr. gesenkt werden, da per Ende 2002 für insgesamt 15 Globalbudget-Dienststellen die Globalbudget-Periode auslief und sie grundsätzlich lediglich 50% der kumulierten Reserven in die neue Periode übertragen können. Entsprechend reduziert sich der Rückstellungsbedarf.
- Per Saldo verringerten sich die **Rückstellungen** insgesamt von 72,6 Mio. Fr. per 1.1.2002 auf 68 Mio. Fr. per 31.12.2002 (-4,6 Mio. Fr.).
- Im Verlaufe des Berichtsjahres mussten von der Finanzkommission zusätzliche Mittel im Betrag von total 40,1 Mio. Fr. als **dringliche Nachtragskredite und Zusatzkredite** bewilligt werden, davon 26,6 Mio. Fr. zulasten der Laufenden Rechnung und 13,5 Mio. Fr. zulasten der Investitionsrechnung. Diese Kreditbewilligungen sind dem Kantonsrat serienweise (1. und 2. Serie) zur Genehmigung vorgelegt worden bzw. werden noch zusammen mit der Staatsrechnung (3. Serie) vorgelegt.

Als **ordentliche Nachtrags- und Zusatzkredite** hat der Kantonsrat zusätzliche Mittel im Betrag von total 118,4 Mio. Fr. bewilligt, davon 103,9 Mio. Fr. zulasten der Laufenden Rechnung und 14,5 Mio. Fr. zulasten der Investitionsrechnung. Ins Gewicht fiel v.a. die um insgesamt 69,6 Mio. Fr. erfolgte Erhöhung des Globalbudget – Verpflichtungskredites 2002 – 2004 für die Spitäler v.a. als Folge des Urteils des eidg. Versicherungsgerichtes (Übernahme des Sockelbeitrages für innerkantonale Privat- und Halbprivatversicherte) und Einführung der 55-Std.-Woche für Oberärztinnen und Oberärzte.

- Im Rechnungsjahr 2002 wurde wie bereits in den Jahren 1998, 2000 und 2001 als jeweils zeitlich befristete Notmassnahme auf die **Verzinsung der Spezialfinanzierungen verzichtet**, soweit das Gesetz im Einzelfall nicht zwingend eine Verzinsung vorschreibt. Dadurch konnte die Erfolgsrechnung um rund 1,3 Mio. Fr. entlastet werden.

1.2 Die Eckwerte der Staatsrechnung 2002

Wie die Tabelle mit den wichtigsten Finanzierungskennzahlen zeigt, ist das Ergebnis der **Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung deutlich besser** ausgefallen als budgetiert und als im Vorjahr:

Kennzahlen (Beträge in Mio. Fr.)	R'01	V'02	R'02
<u>Erfolgsrechnung</u>			
Ertrag ohne Aufwertungsgewinne	1'485,3	1'368,5	1'405,80
minus Aufwand ohne Abschreibungen	- 1'440,6	- 1'286,3	- 1'334,17
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow)	44,7	82,2	71,63
minus ordentliche Abschreibungen	- 80,9	- 98,2	- 81,11
davon auf: Verwaltungsvermögen	32,0	31,2	30,81
Spezialfinanzie-	48,9	67,0	50,30
rungen			
plus Aufwertungsgewinn Atel-Aktien	+ 22,5		
Operatives Ergebnis	- 13,7	- 16,0	- 9,48
minus Abschreibungen Bilanzfehlbetrag	- 129,6	- 136,6	- 132,37
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	- 143,3	- 152,6	- 141,85
<u>Investitionsrechnung:</u>			
Ausgaben	243,8	193,1	202,68
minus Einnahmen	- 171,5	- 104,6	- 131,32
Nettoinvestitionen	72,3	88,5	71,36
<u>Finanzierung</u>			

Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow)	44,7	82,2	71,63
minus Nettoinvestitionen	- 72,3	- 88,5	- 71,36
Operatives Finanzierungsergebnis	-27,6	- 6,3	0,27
Selbstfinanzierungsgrad (Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	62%	93%	100,4%

1.2.1 Vergleich Voranschlag zu Rechnung 2002

Dass das Ergebnis besser als budgetiert ausgefallen ist, ist in erster Linie auf die folgenden Umstände zurückzuführen:

- Der anhaltende gute Konjunkturlage ganz zu Beginn des neuen Jahrtausends wirkt sich auch in der Staatsrechnung 2002 noch aus: Die Steuererträge der Juristischen Personen, insbesondere diejenigen, welche die Vorjahre betreffen, sind bedeutend höher als budgetiert ausgefallen (insgesamt +19,2 Mio. Fr.). Auch bei den Natürlichen Personen sind netto 10,2 Mio. Fr. Mehrerträge zu verzeichnen. Auch hier resultieren die Mehreinnahmen in erster Linie aus Erträgen, welche die Vorjahre betreffen sowie auf einen höheren Quellensteuereingang.
- Bei den Beschäftigungsprogrammen (arbeitsmarktliche Massnahmen) konnte ein einmaliger und ausserordentlicher Ertrag von 5,8 Mio. Franken verbucht werden.
- Die budgetierte Bruttobesoldungssumme wurde um rund 8 Mio. Fr. unterschritten.
- Die 29 Globalbudget-Dienststellen schlossen insgesamt um 10,6 Mio. Fr. besser als budgetiert ab (vgl. Voranschlag ohne Teuerungszulage, Rechnung ohne Teuerungszulage).
- Die Rückstellungen für die Globalbudget-Stellen konnten um 1,5 Mio. Fr. verringert werden, da per Ende 2002 für insgesamt 15 der 29 Dienststellen die Globalbudget-Periode ausläuft und in der Regel nur die Hälfte der kumulierten Reserven auf die neue Globalbudget-Periode übertragen werden kann.
- Weiter liegen die Schulgelder für Berufsschulen, Mittelschulen, Fachschulen und Fachhochschulen um 5,1 Mio. Franken unter dem Budget.

Neben diesen Verbesserungen gegenüber dem Budget gibt es aber auch einige **markante Verschlechterungen** zu verzeichnen:

- Die Erträge aus den Bundesanteilen liegen insgesamt um 9,1 Mio. Fr. unter dem Budget. Die Verschlechterung ist hauptsächlich auf die zu optimistisch budgetierten Erträge der direkten Bundessteuer zurückzuführen.
- Die Defizitbeiträge an die Sonderschulen liegen 5 Mio. Fr. über dem Budget. Die Budgetüberschreitung ist auf eine einmalige periodengerechte Abgrenzung zurückzuführen. Es wurden transitorische Passiven von 5 Mio. Fr. gebildet. Ebenfalls eine starke Überschreitung ist mit 7,8 Mio. Fr. bei den Betriebsbeiträgen an inner- und ausserkantonale Heime zu verzeichnen.
- Deutlich über dem Budget liegen auch die Betriebsbeiträge an die Spitäler (+ 18,7 Mio. Fr., u.a. wegen der Einführung der 55-Stunden-Woche für Oberärztinnen und Oberärzte, die Rückgängigmachung der Sparvorgabe aus der Regionalisierung der Spitäler sowie der Mehrkosten aufgrund des Urteils des Eidg. Versicherungsgerichts vom November 2001 (Übernahme des Sockelbeitrags für innerkantonale privat- und halbprivatversicherte Patientinnen und Patienten).

Die **grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2002** (ohne durchlaufende Beiträge und Spezialfinanzierungen) sind in der nachfolgenden Zusammenstellung aufgeführt:

Erfolgsrechnung**Mio. Fr.****Mehrertrag** (Defizit senkende Abweichungen):

• Staatssteuer Natürlicher Personen (inkl. Vorjahre und Quellensteuer, Kapitalabfindungssteuer und übrige Sondersteuern)	10,5
• Staatssteuer Juristischer Personen (inkl. Vorjahre)	19,2
• Spitalsteuer	2,6
• Erbschaftssteuer	3,8
• Arbeitsmarktliche Massnahmen: einmaliger und ausserordentlicher Ertrag Beschäftigungsprogramme	5,8

Minderertrag (Defizit erhöhende Abweichungen):

• Bundesanteile (Kontengruppe 6416)	9,1
• Handänderungssteuer	1,9
• Grundstückgewinnsteuer (netto)	1,3
• Nachlassstaxe	1,9
• Verzugszinsen Steuern	1,5

Mehraufwand (Defizit erhöhende Abweichungen):

• Defizitbeiträge an Sonderschulen	5,0
• Betriebsbeiträge an inner- / ausserkantonale Heime	7,8
• Mittelschulen	1,7
• Betriebsbeiträge an Spitäler	18,7
• Sockelbeitrag EVG	8,8
• Spitalbehandlungen gemäss KVG	13,5
• Ergänzungsleistungen AHV/IV (netto)	7,1

Minderaufwand (Defizit senkende Abweichungen):

• Schulgelder Berufsschulen, Mittelschulen, Fachschulen und Fachhochschulen	5,1
• Hochschulwesen (Kontengruppe 6360)	2,3
• Zinsendienst insgesamt (Kontengruppen 6417 und 6418)	7,0
• Abschreibungen Finanzvermögen	5,9
• Abschreibungen Verwaltungsvermögen und Bilanzfehlbetrag	4,7
• Auflösung von Rückstellungen	1,5
• Globalbudgets mit Aufwandüberschuss insgesamt (vgl. Voranschlag ohne Teuerungszulage / Rechnung ohne Teuerungszulage)	10,0
• Kostgelder Strafvollzug	1,3

Investitionsrechnung**Mio. Fr.****Mehreinnahmen** (reduzieren die Nettoinvestitionen)

• KPK, Wohnheim-Beschäftigungswerkstätte: Bundesbeitrag	1,6
---	-----

Mehrausgaben (erhöhen die Nettoinvestitionen):

• A.o. Gebäudeunterhalt Schulbauten	1,3
• Berufs- und Mittelschulbauten: Rückzahlung Bundesbeiträge	1,5
• Schmelzihof Balsthal	1,0
• Nationalstrassenbau (Kontengruppe 6036)	3,9
• Darlehen an Swiss Stahl Gerlafingen	2,0

Minderausgaben (reduzieren die Nettoinvestitionen):**Mio. Fr.**

• Spitalbauten (davon Kantonsspital Olten 18,1 Mio. Fr.)	19,0
• Investitionsbeiträge an Einwohnergemeinden	1,0
• Strukturverbesserungen Landwirtschaft	1,3

Im Aufwand der Rechnung 2002 enthalten ist gemäss revidierter Finanzhaushaltsverordnung auch eine **Abschreibung von 132,4 Mio. Fr. auf dem Bilanzfehlbetrag von 661,8 Mio. Fr. per Ende 2001**. Bei der Abschreibung des Bilanzfehlbetrages handelt es sich, da die Erfolgsrechnung mit einem operativen Defizit abschliesst, um eine rein „theoretische“ Grösse. Diese Abschreibung zeigt an, wie hoch der Ertragsüberschuss sein müsste, um den Bilanzfehlbetrag im rechtlich vorgeschriebenen Umfang von 20 Prozent effektiv abtragen zu können.

Wird diese ordentliche Abschreibung auf dem Bilanzfehlbetrag nicht miteinbezogen, ergibt sich in der Laufenden Rechnung 2002 ein **“operatives” Defizit von 9,5 Mio. Fr.** Das “operative” Defizit liegt **um 6,5 Mio. Fr. unter dem entsprechenden Budgetwert.**

In der **Investitionsrechnung** liegen die Ausgaben um 9,6 Mio. Fr. und die Einnahmen um 26,7 Mio. Fr. über dem Budget. Ein Teil dieser Budgetabweichungen ist auf den zu niedrig budgetierten Durchlaufposten Rückzahlung von ALV-Darlehen an und durch Bund (19,5 Mio. Fr.) zurückzuführen. Ohne diesen erfolgsneutralen Posten würden die budgetierten Ausgaben der Investitionsrechnung um 9,9 Mio. Fr. unterschritten, die Einnahmen um 7,2 Mio. Fr. überschritten. **Netto liegen die Investitionen 17,1 Mio. Fr. unter dem Voranschlag.** Die Abweichung verteilt sich auf verschiedene Objekte. Ins Gewicht fallen vor allem die Minderausgaben im Bereich Spitalbauten (Kantonsspital Olten -18,1 Mio. Fr.), Investitionsbeiträge an Einwohnergemeinden 1 Mio. Fr. und Beiträge an Strukturverbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft (-1,3 Mio. Fr.). Bei den Mehrausgaben fallen insbesondere der Nationalstrassenbau (+3,9 Mio. Fr.), ein nicht budgetiertes Darlehen (+2 Mio. Fr.) und ebenfalls nicht budgetierte Rückzahlung des Bundesbeitrags aufgrund der Schliessung der Kaufmännischen Berufsschule Breitenbach (+1,5 Mio. Fr.) ins Gewicht.

1.2.2 Vergleich Rechnung 2001 zu Rechnung 2002

Die Finanzierungskennzahlen 2002 sind besser als budgetiert und besser als im Vorjahr ausgefallen: Im Gesamtdefizit von 141,85 Mio. Fr. (Budget: 152,6 Mio. Fr.; Vorjahr: 143,3 Mio. Fr.) sind Abschreibungen von insgesamt 213,48 Mio. Fr. (Budget: 218,8,1 Mio. Fr.; Vorjahr 210,5 Mio. Fr.) berücksichtigt. Es resultiert ein Cash Flow von 71,63 Mio. Fr. (Budget: 82,2 Mio. Fr.; Vorjahr: 44,7 Mio. Fr.), der die Nettoinvestitionen von 71,36 Mio. Fr. (Budget: 88,5 Mio. Fr.; Vorjahr: 72,3 Mio. Fr.) um 0,27 Mio. Fr. übertrifft (Finanzierungsüberschuss). Der Selbstfinanzierungsgrad (Verhältnis Cash Flow zu Nettoinvestitionen) erreicht 100,4 Prozent (Budget: 93%; Vorjahr: 63%). Dies bedeutet, dass wie im Jahr 2000 in einem geringfügigen Mass, nämlich im Umfang von 300'000 Fr., Schulden zurückbezahlt werden konnten.

Wesentliche Mehrbelastungen gegenüber dem Vorjahr resultierten in den folgenden Bereichen:

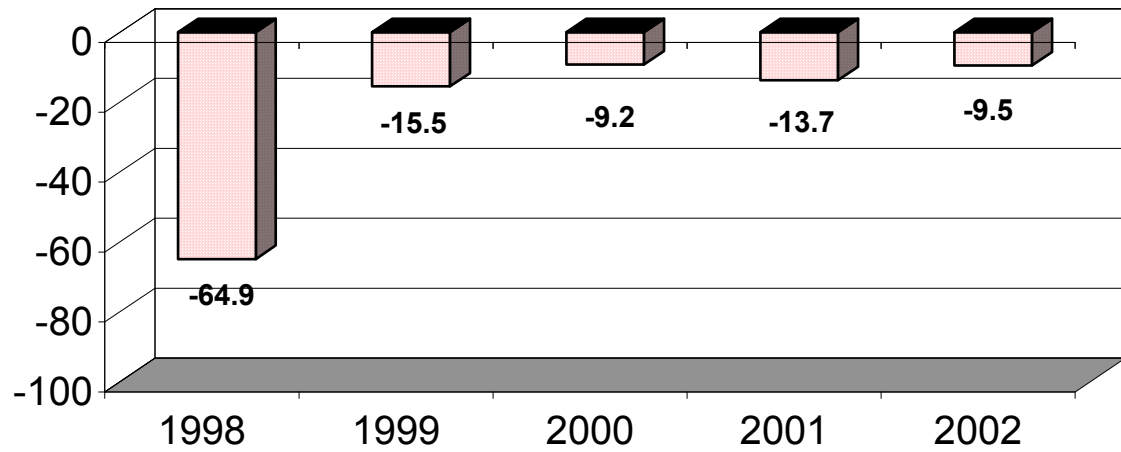
- Gegenüber der Rechnung des Vorjahres ist bei den Schulen insgesamt ein Mehraufwand von Fr. 18,8 Mio. Fr. zu verzeichnen. Neben erstmals verrechneten Mietkosten an die Mittel- und Berufsschulen in der Höhe von 13,2 Mio. Fr. (für den Kanton insgesamt kostenneutral), fällt der **erfolgswirksame Mehraufwand bei den Volksschulen auf (+ 8,4 Mio. Fr. netto)**. Dieser Mehraufwand ist hauptsächlich auf die per Ende 2002 erstmals vorgenommene periodengerechte Abgrenzung der Beiträge an Sonderschulen und ausserkantonale Schulheime zurückzuführen (Bildung von transitorischen Passiven in der Höhe von 5 Mio. Fr.). Weiter sind die Defizitbeiträge an Sonderschulen und an inner- und ausserkantonale Schulheime stark angestiegen.
- Ein weiterer wesentlicher Kostentreiber sind einmal mehr die **Betriebsbeiträge an die Spitäler**. Sie erhöhten sich im Berichtsjahr von 92,7 auf 126,7 Mio. Fr. **(+34,1 Mio. Fr.)**.
- Erneut stark angewachsen sind ebenfalls die **Ergänzungsleistungen AHV/IV**. Betrug der Nettoaufwand für den Kanton im Jahr 2001 noch 9,2 Mio. Franken, so beläuft er sich 2002 auf 21,4 Mio. Fr. Dies entspricht einer **Zunahme von 12,2 Mio. Fr.**
- Im 2002 wurde die **Teuerungszulage** für das Staatspersonal und die Lehrkräfte erneut, um 2,3 Indexpunkte von 102,8 auf 105,1 Punkte gemäss dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Mai 1993=100, erhöht. Diese Massnahme verursachte Mehrkosten in der Grössenordnung von **15,7 Mio. Fr.**

Wesentliche Entlastungen gegenüber dem Vorjahr resultierten in den folgenden Bereichen:

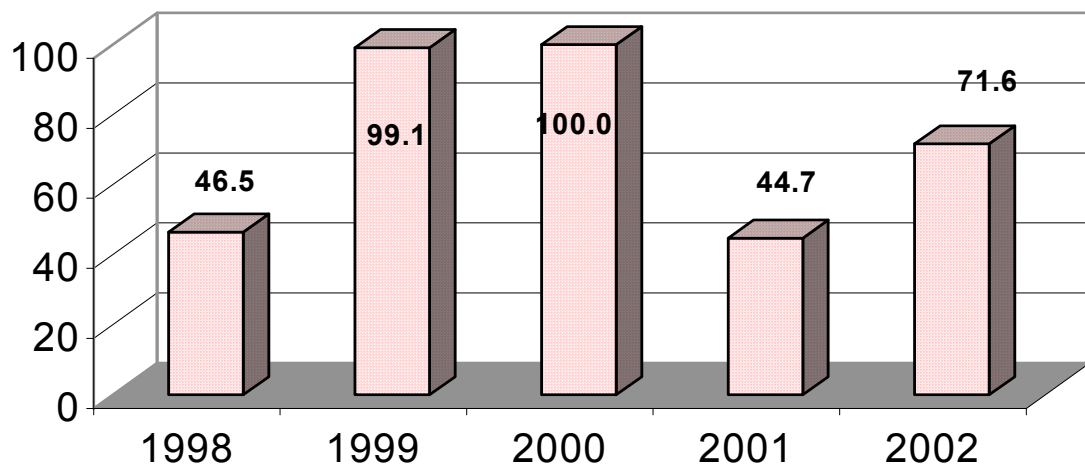
- Die Erträge aus **Bundesanteilen** nahmen gegenüber dem Vorjahr um mehr **als 10 Mio. Fr.** zu und erreichten mit 129,5 Mio. Fr. in etwa wieder das Niveau des Jahres 2000.
- Gegenüber dem Jahr 2001, in dem aufgrund der Bemessungslücke 2000 das Wachstum der Steuererträge gegenüber dem Vorjahr relativ bescheiden ausfiel, konnte nun im Jahr 2002 ein **Steuermehrertrag bei den Staatssteuern von netto rund 69 Mio. Franken** verbucht werden. Allein bei den natürlichen Personen stiegen die Erträge um 54,2 Mio. Franken an, bei den juristischen um 8,2 Mio. Franken.
- Die **Schulgelder für ausserkantonale Schulbesuche** sanken um 17,6 Mio. Franken auf 22 Mio. Franken. Im Jahr 2001 waren ausserordentlich hohe Ausgaben in diesem Bereich zu verzeichnen, weil damals, bedingt durch den veränderten Fakturierungsmodus RSA 1,5 Schuljahre in Rechnung gestellt worden und erstmals periodengerechte Abgrenzungen in der Höhe von 7,9 Mio. Fr. vorgenommen worden sind.

1.2.3 Graphische Darstellung der Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen

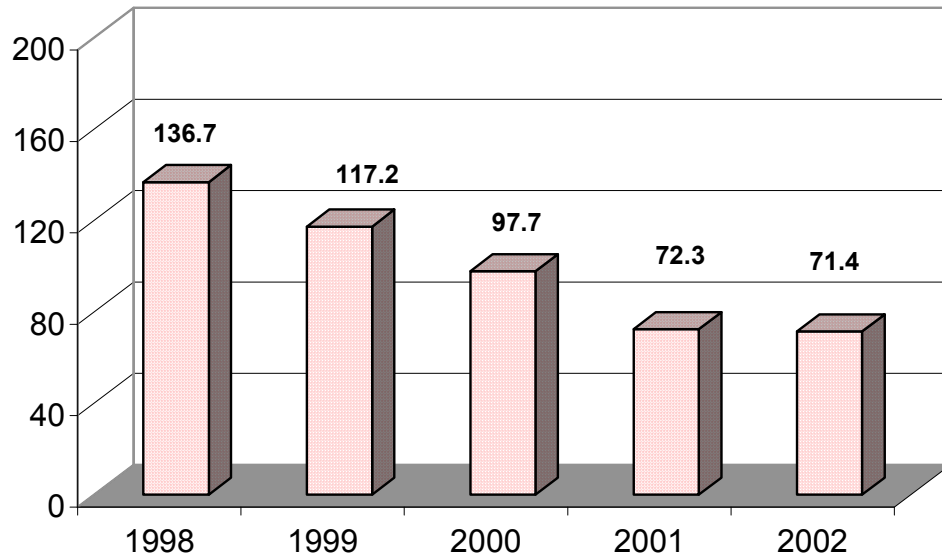
Operatives Defizit 1998-2002 (Mio Fr.)



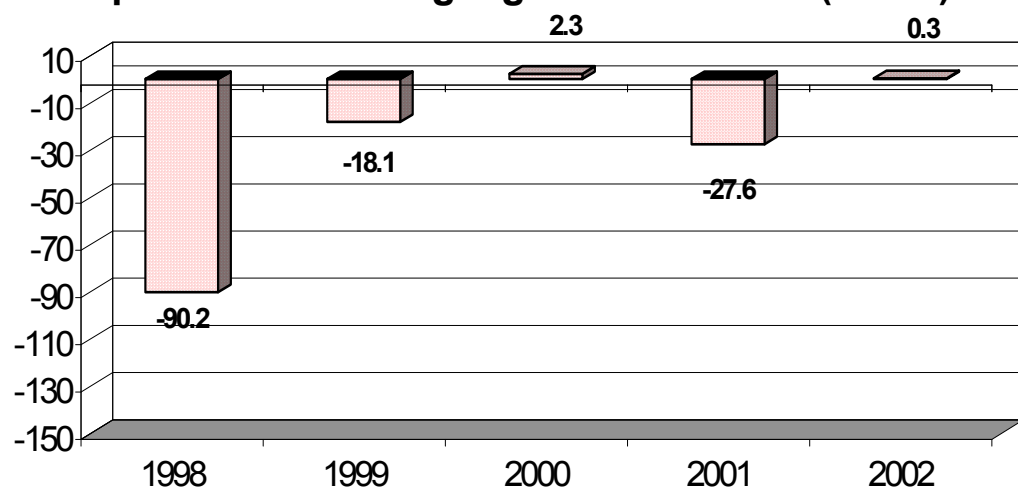
Cash-flow 1998-2002 (Mio Fr.)



Nettoinvestitionen 1998-2002 (Mio Fr.)



Operative Finanzierungsergebnisse 1998-2002 (Mio Fr.)



1.3 Globalbudgets

In der Rechnung 2002 sind die folgenden Dienststellen, Abteilungen, Anstalten, Schulen und Spitäler mit **Leistungsauftrag und Globalbudgets** enthalten:

Staatskanzlei

- Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag

Bau- und Justizdepartement:

- Amt für Raumplanung
- Kantons- und Nationalstrassenunterhalt
- Amt für Umwelt
- Amt für Denkmalpflege und Archäologie

Departement für Bildung und Kultur:

- Departementssekretariat
- Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung
- Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
- Amt für Kultur und Sport
- Mittelschulen
- Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn

Finanzdepartement:

- Amt für Finanzen
- Steueramt
- Amt für Informatik und Organisation
- Kantonale Finanzkontrolle
- Amtschreibereien (exkl. Thal-Gäu)
- Amtschreiberei Thal-Gäu

Departement des Innern:

- Lebensmittelkontrolle
- Bildungszentrum für Gesundheitsberufe
- Spitäler
- Motorfahrzeugkontrolle
- Strafanstalt Solothurn
- Therapiezentrum 'Im Schache'
- Polizei

Volkswirtschaftsdepartement:

- Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Kantonsforstamt

(inkl. Jagd- und Fischereiverwaltung)

- Amt für Landwirtschaft
- Zivilschutz

Für diese Dienststellen werden in der Staatsrechnung, wie bereits im Voranschlag, unter der entsprechenden Kontennummer nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Die Leistungsaufträge und die Produktgruppenrechnungen der einzelnen Globalbudgets sind in den Übersichten ersichtlich.

Bei der nachfolgenden Beurteilung des Rechnungsergebnisses ist Folgendes zu berücksichtigen: Aus technischen Gründen konnte die Teuerungszulage im Voranschlag nicht auf die einzelnen Dienststellen verteilt werden. Die Teuerungszulage (8,7 Mio. Fr.) wurde zentral im Finanzdepartement budgetiert. Bei den Rechnungszahlen der Dienststellen sind hingegen die teuerungsbedingten Personalaufwände enthalten. Die Differenz Voranschlag – Rechnung fällt deshalb zu Ungunsten der Dienststellen aus. Aus diesem Grunde haben wir dieses Ergebnis bereinigt um die effektiv angefallenen Teuerungskosten (vgl. Spalte „TZ“, Teuerungszulage). Diese Bereinigung führt dazu, dass das Ergebnis besser ausfällt gegenüber dem Vergleich Voranschlag – Rechnung.

Insgesamt haben 16 der 29 WOV-Dienststellen ein im Vergleich zum Voranschlag 2002 besseres Ergebnis erzielt, wie die nachfolgende Tabelle zeigt. Der Nettoaufwand aller Globalbudget-Dienststellen mit Aufwandüberschuss fällt mit 343,1 Mio. Fr. um **14,4 Mio. Fr. (4,1%) besser** aus als budgetiert (Aufwandüberschussvorgabe gemäss Voranschlag plus Teuerungszulage TZ). Im Voranschlag ist der ordentlichen Nachtragskredit für die Spitäler (21,0 Mio. Fr.) enthalten. Der Nettoertrag aller Globalbudget-Dienststellen mit Ertragsüberschuss fällt mit 6,3 Mio. Fr. um **0,2 Mio. Fr. (2,9%) besser** aus als budgetiert (Ertragsüberschussvorgabe gemäss Voranschlag minus Teuerungszulage TZ).

Dienststellen mit Aufwandüberschuss (in 1'000 Fr.)	Voranschlag 2)	Rechnung	Differenz exkl. TZ	TZ	Differenz inkl. TZ
Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverl.	2'974	2'689	- 285	20	- 305
Amt für Raumplanung	4'203	3'881	- 322	54	- 376
Kantonsstrassenunterhalt	16'928	17'711	783	205	578
Nationalstrassenunterhalt	2'728	416	- 2'312	86	- 2'398
Amt für Umwelt	3'976	2'861	- 1'115	174	- 1'289
Amt für Denkmalpflege und Archäologie	2'221	2'338	117	28	89
Departementssekretariat DBK	7'896	6'567	- 1'329	51	- 1'380
Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung	1'540	1'617	77	30	47
Amt für Berufsbildung + Berufsberatung	6'826	6'945	119	107	12
Amt für Kultur und Sport	4'635	4'374	- 261	37	- 298
Mittelschulen	50'980	52'681	1'701	947	754
Fachhochschule NWCH Solothurn 1)	13'000	13000	0	0	0
Amt für Finanzen	3'569	1'956	- 1'613	66	- 1'679
Steueramt	20'002	19'429	- 573	501	- 1'074

Amt für Informatik und Organisation	9'472	9'420	- 52	140	- 192
Kantonale Finanzkontrolle	594	524	- 70	20	- 90
Lebensmittelkontrolle	3'140	3'262	122	65	57
Bildungszentrum für Gesundheitsberufe	8'500	6'955	- 1'545	122	- 1'667
Spitalamt/Spitäler (inkl. NK 21.0 Mio. Fr.) 1)	129'000	126'712	- 2'288	0	- 2'288
Strafanstalt Solothurn	1'312	1'881	569	129	440
Therapiezentrum „im Schache“	3'057	2'973	- 84	100	- 184
Polizei	28'838	30'111	1'273	1'183	90
Amt für Wirtschaft und Arbeit	6'653	5'048	- 1'605	66	- 1'671
Kantonsforstamt	3'789	3'997	208	51	157
Amt für Landwirtschaft (inkl. IR)	14'033	12'356	- 1'677	153	- 1'830
Zivilschutz	3'290	3'411	12	60	61
Total Aufwandüberschuss	353'156	343'115	-10'041	4'395	- 14'436

Dienststellen mit Ertragsüberschuss (in 1'000 Fr.)	Voranschlag 2)	Rechnung	Differenz	TZ	Differenz Inkl. TZ
Amtschreibereien (exkl. Thal-Gäu)	3'327	3'300	- 27	400	373
Amtschreiberei Thal-Gäu	831	609	- 222	82	- 140
Motorfahrzeugkontrolle	2'655	2'381	- 274	239	- 35
Total Ertragsüberschuss	6'813	6'291	- 522	721	198

- 1) Die Fachhochschule bildet Globalbudget-Rücklagen auf der Stufe der Schule. Die Rücklage wird ins Eigenkapital verbucht und ist in der Erfolgsrechnung und Bilanz der Schule ersichtlich (Angaben zum Globalbudget). In der Staatsrechnung wird nur der Staatsbeitrag ausgewiesen.
- 2) Die Teuerungszulage von 2,3 Indexpunkten ist nur in den Betriebsbeiträgen der Fachhochschule und der Spitäler mitberücksichtigt. Bei den übrigen Dienststellen ist die Teuerungszulage zentral budgetiert worden.

Zu den **Ergebnissen der einzelnen Dienststellen, Abteilungen, Anstalten und Schulen** kann Folgendes berichtet werden:

Die **Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 2'689'000.-- ab, d.h. um Fr. 305'000.-- besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist auf die markant gestiegenen Lehrmittelverkäufe (+ 36%) zurückzuführen.

Das **Amt für Raumplanung** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 3'881'000.-- ab, d.h. um Fr. 376'000.-- besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist einerseits auf Minderaufwänden durch tiefere Personalkosten und Verzögerungen der Arbeiten für Richtplancontrolling, Raumbesichtigung und Bauzonenerhebung (weniger Aufträge an Dritte und weniger Beiträge an ausserordentliche Planungsarbeiten) und andererseits auf höhere Gebührenerträge aufgrund von mehr genehmigten Nutzungsplänen (v.a. Gestaltungspläne) zurückzuführen.

Die beiden Abteilungen **Kantons- und Nationalstrassenunterhalt** des Amtes für Verkehr und Tiefbau schliessen die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 18'127'000.-- um Fr. 1'820'000.-- besser als budgetiert ab. Gesetzliche Zusatzaufgaben und ein Nachholbedarf bei der Instandhaltung führt beim Kantonsstrassenunterhalt zu einer Mehrbelastung von Fr. 578'000.--. Nicht voraussehbare Erträge aus verrechenbaren Bauleistungen für die Fertigstellung der A5 verbesserten jedoch das Ergebnis des Nationalstrassenunterhaltes um Fr. 2'398'000.--.

Das **Amt für Umwelt** schliesst die Rechnung 2002 gesamthaft mit einem Nettoaufwand von Fr. 2'861'000.--, d.h. um Fr. 1'289'000.-- besser als budgetiert, ab. Das bessere Ergebnis ist einerseits auf Minderaufwänden durch Arbeitsverschiebungen und -zögerungen in den Bereichen Kataster für belastete Standorte, Sanierungsmassnahmen „ohne Verursacher“, Projekteinsparungen Bodenuntersuchungen Stadtmist und im Bereich

Bodenschutz und andererseits auf Mehrerträge aus dem KKW Gösgen infolge der feuchtwarmen Witterung zurückzuführen.

Das **Amt für Denkmalpflege und Archäologie** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 2'338'000.-- ab, d.h. um Fr. 89'000.-- schlechter als budgetiert. Die nicht vorgesehene Anbindung der neuen Sachdatenbank an das GIS sowie die unvorhergesehene Notgrabung Dornacherplatz Solothurn führten zu beträchtlichen Mehrkosten, welche mit einem Bezug aus den vorhandenen Globalbudgetreserven von 991'000.-- abgedeckt werden.

Das **Departementssekretariat des Departements für Bildung und Kultur** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 6'567'000.-- ab, d.h. um Fr. 1'380'000.-- besser als budgetiert. Die Gründe liegen insbesondere darin, dass aufgrund des personellen Wechsels bei der Stelle des Departementssekretärs eine Verzögerung im Projektfortschritt eingetreten ist. Weiter wurden Vakanzen nicht bzw. verzögert wiederbesetzt und aufgrund der Revision der Stipendienverordnung (Liegenschaftskosten und Beiträge an die Säule 3a werden zum steuerbaren Einkommen aufgerechnet) wurden weniger Ausbildungsbeiträge ausgerichtet.

Die **Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 1'617'000.-- ab, d.h. um Fr. 47'000.-- schlechter als budgetiert. Die Zunahme der Studierenden, welche am Didaktikum in Aarau die Ausbildung zur Sekundar- und Oberschullehrkraft absolvieren (SEREAL) führte zu Mehraufwänden, welche mit einem Bezug aus den vorhandenen Globalbudgetreserven von 801'000.-- abgedeckt werden.

Das **Amt für Berufsbildung und Berufsberatung** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 6'945'000.-- ab, d.h. um Fr. 12'000.-- schlechter als budgetiert. Der Mehraufwand wird als Verlustvortrag auf die laufende Globalbudgetperiode übertragen.

Das **Amt für Kultur und Sport** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 4'374'000.-- ab, d.h. um Fr. 298'000.-- besser als budgetiert. Dazu beigetragen haben die Finanzierung von kulturfördernden Anlässen zulasten des Lotteriefonds sowie ertragsorientierte Anlässe im Museum „Altes Zeughaus“ und Schloss Waldegg.

Die **Mittelschulen** schliessen die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 52'681'000.-- ab, d.h. um Fr. 754'000.-- schlechter als budgetiert. Insbesondere höhere Personalkosten in der Leistungsgruppe ‚Ausbildung auf der Maturastufe‘ (ausserordentlich hohe Stellvertretungskosten und Sozialleistungen) führten zu diesem Ergebnis. Der Mehraufwand wird als Verlustvortrag auf die laufende Globalbudgetperiode übertragen.

Die **Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 14'474'000.-- ab, d.h. um Fr. 786'000.-- besser als budgetiert.

Das bessere Ergebnis ist auf gesteigerte Erträge im Leistungsbereich Weiterbildung und Minderaufwendungen im Bereich Forschung und Entwicklung zurückzuführen.

Bilanz und Erfolgsrechnung sowie ein Anhang mit Erläuterungen finden sich bei den Angaben zum Globalbudget. Der Kantonsrat hat diese Rechnung mit separatem Beschluss zu genehmigen (vgl. Ziffer 4 des Beschlussesentwurfs).

Das **Amt für Finanzen** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 1'956'000.-- ab, d.h. um Fr. 1'679'000.-- besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist auf die Umbuchung der EDV-Abschreibungen und AIO-Dienstleistungen des verwaltungsweiten Projektes Delphin (Einführung der neuen Rechnungswesenlösung SAP) in der Höhe von Fr. 800'000.- (neu auf Kostenstelle 6419, Abschreibungen) und auf Mehrerträge im Bereich der Verlustscheinbearbeitung zurückzuführen. Weiter konnte aufgrund interner Mehrleistungen Honorarkosten für externe Experten eingespart werden.

Das **Kantonale Steueramt** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 19'429'000.-- ab, d.h. um Fr. 1'074'000.-- besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist vor allem auf gesteigerte Einnahmen (Weiterverrechnung Veranlagungskosten, höhere Provisionen infolge gestiegener Steuern, Einführung von Gebühren im Veranlagungsbereich der juristischen Personen) zurückzuführen.

Das **Amt für Informatik und Organisation** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand (ohne interne Verrechnungen) von Fr. 9'420'000.-- ab, d.h. um Fr. 192'000.-- besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis konnte durch den Verkauf von verrechenbaren Dienstleistungen an Dritte (Gemeinden, Spitäler, SGV, FHS, usw.) und durch die Reduktion des Personalaufwands im Systembetrieb erzielt werden.

Die **Kantonale Finanzkontrolle** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 524'000.-- ab, d.h. um Fr. 90'000.-- besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist auf Mehrerträge infolge zusätzlich verrechnetem Revisionsaufwand bei externen Revisionen und Spezialaufträgen zurückzuführen.

Die **Amtschreibereien (inkl. Betreibungs- und Konkursämter)** schliessen die Rechnung 2002 mit einem Nettoertrag von Fr. 3,9 Mio. Fr. ab, d.h. um 0,2 Mio. Fr. besser als budgetiert.

Die **Lebensmittelkontrolle** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 3'262'000.-- ab, d.h. um Fr. 57'000.-- schlechter als budgetiert. Im Ergebnis ist die Anschaffung eines Flüssigchromatographiegerät von Fr. 295'000.-- berücksichtigt. Der Mehraufwand konnte mit den vorhandenen Globalbudgetreserven von Fr. 699'000.-- vollständig gedeckt werden.

Das **Bildungszentrum für Gesundheitsberufe** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 6'955'000.-- ab, d.h. um Fr. 1'667'000.-- besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist insbesondere auf die fortschreitende Umstellung auf das Lehrortsprinzip (Rückgang der Praktikumsentschädigungen) zurückzuführen.

Die **Spitäler** schliessen die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von 126,7 Mio. Fr. ab und unterschreiten das Budget von 129 Mio. Fr. (108 Mio. Fr. zuzüglich Nachtragskredite von 21 Mio. Fr.) um 2,3 Mio. Fr. Aufgrund des ausserordentlichen Kostenzuwachses (Arbeitszeitreduktion Oberärzte, Qualitätssicherung, usw.) und wegen des Urteils des Eidg. Versicherungsgerichtes betreffend „Sockelbeitrag“ für Privat- / Halbprivatversicherte ist eine massive Überschreitung des ursprünglich budgetierten Staatsbeitrages 2002 eingetroffen. Der Kantonsrat hat mit Beschluss Nr. 103/2002 vom 24. September 2002 den notwendigen Nachtragskredit bewilligt. Trotz der entsprechenden Globalbudgeterhöhung mussten einzelne Spitäler aufgrund der geltenden Zusatzregeln teils massive Rückzüge aus den GB-Reserven vornehmen. Andererseits konnten die bestehenden Verlustvorträge in den Spitälern Olten und Dornach abgeschrieben werden.

Die **Motorfahrzeugkontrolle** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoertrag von Fr. 2'381'000.-- ab. Das erzielte Nettoergebnis fällt um Fr. 35'000.-- schlechter aus als das Budget und ist auf Mehraufwendungen bei der Einführung der computergestützten Theorieprüfung und der Anstellung von zwei neuen Experten zurückzuführen. Der Mehraufwand wird mit einem Bezug aus den vorhandenen Globalbudgetreserven von 1'432'000.-- vollständig gedeckt.

Die **Strafanstalt Schöngrün** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 1'881'000.-- ab, d.h. um Fr. 440'000.-- schlechter als budgetiert. Das schlechtere Ergebnis ist auf Ertragsausfälle beim Kostgeld aufgrund des tieferen Auslastungsgrades (78% anstelle der budgetierten 90%) und auf Mehrleistungen verschiedener Dienste (Gesundheitsdienst, Psychotherapeuten, Sozialdienst) durch die Zunahme von psychischen und somatischen Störungen der Insassen zurückzuführen. Der Mehraufwand wird als Verlustvortrag auf die laufende Globalbudgetperiode übertragen.

Das **Therapiezentrum „Im Schache“** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 2'973'000.-- ab, d.h. um Fr. 184'000.-- besser als budgetiert. Trotz unbefriedigender Auslastung (62% anstelle der geplanten 75%) konnte durch Einsparungen bei den variablen Kosten in allen Bereichen ein besseres Ergebnis erzielt werden.

Die **Polizei** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 30'111'000.-- ab. Trotz Mindereinnahmen bei den Ordnungsbussen von ca. 1,4 Mio. Fr. fällt das Ergebnis nur um Fr. 90'000.-- schlechter aus als budgetiert. Tiefere Personalkosten aufgrund des Wechsels von Korpsangehörigen zum Bundesamt für Polizei, zu anderen Polizeikörpern oder in die Privatwirtschaft kompensierten die Mindereinnahmen teilweise. Der Mehraufwand kann

mit einem Bezug aus den vorhandenen Globalbudgetreserven von 53'000.-- teilweise abgedeckt werden.

Das **Amt für Wirtschaft und Arbeit** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 5'048'000.-- ab, d.h. um Fr. 1'671'000.-- besser als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist grösstenteils auf Minderaufwendungen aufgrund der tieferen Nachfrage nach arbeitsmarktlichen Massnahmen im 1. Halbjahr 2002 zurückzuführen.

Durch die Auflösung von Rückstellungen für Beschäftigungsprogramme zwischen 1996 und 2000 sowie Rückzahlungen von Vorschüssen konnte ein ausserordentlicher Ertrag von 5,7 Mio. Fr. erzielt werden, welcher jedoch im Globalbudget des Amtes für Wirtschaft und Arbeit nicht enthalten ist.

Das **Kantonsfortsamt, inkl. Jagd- und Fischerei**, schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 3'997'000.-- ab, d.h. um Fr. 157'000.-- schlechter als budgetiert. Massnahmen im Zusammenhang mit dem Sturm „Lothar“ führten zu Mindererträgen, welche jedoch mit einem Bezug aus den vorhandenen Globalbudgetreserven von 252'000.-- abgedeckt werden.

Das **Amt für Landwirtschaft (inkl. Investitionsrechnung)** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 12'356'000.-- ab, d.h. um Fr. 1'830'000.-- besser als budgetiert. Die Verbesserung in der Erfolgsrechnung um Fr. 505'000.-- ist auf die mögliche Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen. Gleichzeitig wurde in der Investitionsrechnung im Bereich Strukturverbesserungen gegenüber dem Voranschlag ein um 1,3 Mio. Fr. besseres Ergebnis erzielt.

Die Abteilung **Zivilschutz** schliesst die Rechnung 2002 mit einem Nettoaufwand von Fr. 3'411'000.-- ab, d.h. um Fr. 61'000.-- schlechter als budgetiert. Das schlechtere Ergebnis ist vor allem auf den Rückgang der Bundesbeiträge aufgrund der abgeschlossenen Instruktorausbildung zurückzuführen. Der Mehraufwand wird als Verlustvortrag auf die laufende Globalbudgetperiode übertragen.

In der separaten Vorlage „Globalbudgets 1996 bis 1998; Allgemeine Rahmenbedingungen und gemeinsames Vorgehen bei der Erprobung der Führung mit dem Instrument ‚Globalbudget‘ in verschiedenen Amtsstellen, Schulen und Anstalten in den Jahren 1996 – 1998“ (KRB Nr. 175/95 vom 15. Dezember 1995) sind die Regeln für die Übertragung nicht ausgeschöpfter Kredite bzw. von Fehlbeträgen am Ende eines Rechnungsjahres bzw. nach Abschluss der Globalbudgetperiode festgelegt.

Die Übertragung nicht ausgeschöpfter Voranschlagskredite während der Globalbudgetperiode ist abhängig von der Erfüllung des Leistungsauftrages und geschieht in Form von Reservenzuweisungen. Mit den allfällig vorhandenen Reserven (oder dem Verlustvortrag) des Vorjahres ergeben sich die neuen Reserven (oder der neue Verlustvortrag) für das kom-

mende Jahr. Die Reservenzuweisung wird mit der Genehmigung der Jahresberichte bewilligt und dem Kantonsrat zur Kenntnis vorgelegt.

Fehlbeträge hingegen sind mit einem Bezug aus den Reserven zu kompensieren oder auf die neue Rechnung vorzutragen und innerhalb der Globalbudgetperiode auszugleichen. Ein aufgrund einer Überschreitung des budgetierten Aufwandüberschusses notwendiger Reservenbezug wird im Rahmen der Nachtragskredite III. Serie (Sammelnachtrag) vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen. Reichen die Reserven zur Deckung der Überschreitung des budgetierten Aufwandüberschusses nicht aus, bewilligt der Kantonsrat im Rahmen der Nachtragskredite III. Serie (Sammelnachtrag) einen Nachtragskredit.

Am Ende der Globalbudgetperiode fällt die Hälfte der kumulierten Reserven an die Staatskasse; die andere Hälfte wird der Dienststelle als neue Reserve in die neue Globalbudgetperiode übertragen. Der Stand der Globalbudgetreserven bei den einzelnen Dienststellen ist im Anhang unter „6. Globalbudget“ ersichtlich.

1.4 Auswirkungen des Reform- und Sanierungsprojektes SO+

Im Jahr 2000 hat sich der Regierungsrat für eine umfassende Reformstrategie (**Projekt SO+**) entschieden, die dem Kanton in mehrfacher Hinsicht eine positive Perspektive eröffnen soll. Die Strukturen in der kantonalen Verwaltung, in den Schulen und bei den Gerichten sollen so angepasst werden, dass die wichtigen Aufgaben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erfüllt werden können. Ein Expertenteam legte im Mai 2000 einen Bericht mit 62 Massnahmen vor. Diese Massnahmen wurden im Juni 2000 am „Runden Tisch“ von Vertretern der Parteien und anderer interessierter Organisationen eingehend diskutiert. Die Regierung unterbreitete dem Kantonsrat im August 2000 ein Reformpaket mit 60 Massnahmen und einem Verbesserungspotenzial von 147,5 Mio. Fr. Der Kantonsrat hat in seiner Sondersession im September 2000 10 der vorgelegten 60 Massnahmen abgelehnt. Die verbleibenden 50 Massnahmen vereinigen noch **ein Sanierungspotenzial von brutto 95,8 Mio. Fr.** auf sich. Für die im Zusammenhang mit SO+ anfallenden Experten honorare und zusätzliche personelle Ressourcen hat der Kantonsrat einen Verpflichtungskredit „Restrukturierungsaufwand SO+“ in der Höhe von 4,7 Mio. Fr. gesprochen.

Im Jahr 2002 ist der **Restrukturierungsaufwand** um rund 300'000 Fr. (2001: 1,0 Mio. Fr.) tiefer ausgefallen als zum Zeitpunkt der Verabschiedung des SO+-Pakets durch den Kantonsrat angenommen. Dass die für die Jahre 2001 und 2002 zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft werden mussten, ist teilweise auf Projektverzögerungen, grösstenteils aber auf nicht ausgeschöpfte Kosten für personelle Ressourcen zurückzuführen.

Höher als erwartet ist das im Jahr 2002 erreichte **Sanierungspotenzial** ausgefallen. Die von den Departementen gelieferten Angaben weisen im Jahr 2002 realisierte Einsparungen bzw. verhinderte zusätzliche Ausgaben von total 36 Mio. Fr. aus. Erwartet wurden Einspa-

rungen in der Höhe von 22,9 Mio. Fr. Die Einsparungen bzw. die verhinderten zusätzlichen Ausgaben verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Massnahmen:

Einsparungen 2002:

Massn.- Nummer	Kurztext	Erwartetes Einsparpoten- zial (in Mio. Fr.)	Von Departe- menten gemel- dete Einsparun- gen (in Mio. Fr.)	Differenz (in Mio. Fr.)
2	Marktorientierte Gebrauchsmiete	2.0	0.0	- 2.0
4	Bereinigung des Immobilienbestandes	Offen	0.4	+ 0.4
5	Projektierungsstopp für Bauvorhaben	*5.0	*22.9	+ *17.9
8	Verursachergerechte Verwaltungstätigkeit im Umweltschutz und Wasserwirtschaft	1.0	1.0	0.0
13	Leistungsauftrag GB Mittelschulen	2.7	1.9	- 0.8
15	Anpassungen des Vertrages Gymnasium Laufen	0.5	0.8	+ 0.3
16	Einführung Managementzentren BS	0.5	1.0	+ 0.5
17	Gemischtwirtschaftliche AG Erwachsenen- bildung	0.5	0.1	- 0.4
18	Privatisierung Uhrmacherschule u. Internat	0.4	0.2	- 0.2
19	Konzentration Schule für Mode und Textiles Gestalten	0.2	0.2	0.0
21	Änderung Finanzierungsmechanismus Sonderschulen	0.2	0.4	+ 0.2
22	Kompetenzzentrum Kultur auf Waldegg	0.3	0.0	- 0.3
23	Effizienzsteigerung der Abteilung Sport	0.2	0.1	- 0.1
24	Reduktion Archäologie u. Denkmalpflege	0.4	0.3	- 0.1
25	Anpassung Vereinbarung Schweiz. Musikau- tomatenmuseum	0.0	0.2	+ 0.2
26	Regionalisierung Museum Altes Zeughaus und Zentralbibliothek	0.3	0.1	- 0.2
27	Flächendeckende Einführung von Globalbud- gets und Verstärkung der Wirkungsorientie- rung mit Konzentration auf wesentliche Leis- tungen	0.0	1.0	+ 1.0
42	Regionalisierung der Spitalversorgung	4.1	0.0	- 4.1
45	Neues Entschädigungssystem für Chef- und Leitende Aerzte	1.0	0.0	- 1.0

* Diese Massnahme führt nicht zu einer Verbesserung der Staatsrechnung gegenüber dem Vorjahr. Durch den Projektierungsstopp werden aber Mehrausgaben verhindert.

Massn.- Nummer	Kurztext	Erwartetes Einsparpoten- zial (in Mio. Fr.)	Von Departe- menten gemel- dete Einsparun- gen (in Mio. Fr.)	Differenz (in Mio. Fr.)
46	Optimierung der Verträge für ausserkantonale Hospitalisationen	Offen	0.1	+ 0.1
50	Schlankere Wirtschaftsförderung	0.3	0.3	0.0
51	Redimensionierung arbeitsmarktliche Massnahmen	1.0	2.9	+ 1.9
53	Neudefinition Aufgaben Kanton-Gemeinden sowie reduzierte kantonale Beitragsleistung im Bereich Wald	1.7	0.0	- 1.7
54	Konsolid. und Neuausrichtung Wallierhof	0.2	0.2	0.0
55	Abbau landwirtschaftlicher Leistungen	0.1	0.2	+ 0.1
56	Redimensionierung Zivilschutz	Offen	0.6	+ 0.6
58	Neukonzeption Zeughaus	Offen	1.1	+ 1.1
60	Leistungsentflechtung Kanton / SGV	0.3	0.0	- 0.3
Total		22.9	36.0	+ 13.1

1.5 Kosten der Sanierung und Privatisierung der Solothurner Kantonalbank

Der Kantonsrat hat im Beschluss zum Voranschlag 1997 (KRB vom 11. Dez. 96/ KR-Geschäft Nr. 161/96) das Finanzdepartement bzw. das Amt für Finanzen beauftragt, periodisch über den Stand der effektiv realisierten Verluste aus der Sanierung und der Privatisierung der Kantonalbank zu informieren.

Im Folgenden wird für die Ermittlung der bis Ende 2000 aufgelaufenen Verluste darauf verzichtet:

- den ab 1990 stark reduzierten (0,4 Mio. Fr.) und ab 1991 ganz ausgefallenen **Anteil am Reingewinn** (1989 letztmals mit 2 Mio. Fr. Ertrag in der Laufenden Rechnung verbucht) zu berücksichtigen;
- den ab 1991 ausgefallenen **Zins auf dem Dotationskapital** (1990 letztmals mit 7,6 Mio. Fr. Ertrag in der Laufenden Rechnung verbucht) zu berücksichtigen;
- eine **Zinseszinsberechnung** anzustellen.

Für den Kanton sind im chronologischen Ablauf folgende Verluste und Kosten aufgetreten und in der entsprechenden Staatsrechnung ausgewiesen worden:

1994 170'000'000 Fr. Abschreibung Dotationskapital zulasten Staatsrechnung 1994
193'000'000 Fr. Rückstellung zulasten Staatsrechnung 1994 für:

68 Mio. Fr. als Beitrag an die Sanierungskosten, zu leisten in zwei Tranchen zu je 34 Mio. Fr. jeweils Ende Januar 1996 und Ende Januar 1997

zusätzlich 125 Mio. Fr. für Ausfallgarantie an die Sanierungskosten, zu leisten ab April 1998

1995	123'000 Fr.	Kosten PUK
	317'300 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
	213'700 Fr.	Folgekosten Privatisierung SKB (Expertisen, Honorare a.o.VR)
1996	311'400 Fr.	Sonderbeauftragter / Disziplinarkommission
	282'000 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
	3'500'000 Fr.	Folgekosten Privatisierung SKB (San. Pensionskasse SKB)
1997	285'200 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
1998	436'200 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
1999	285'300 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
2000	201'400 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
2001	143'800 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (Prozesskosten)
2002	1'041'200 Fr.	Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BiK (davon 916'000 Fr. für die Hinterlegung der erstinstanzlich aufgelaufenen Kosten und Gebühren des Zivilgerichts Basels, damit das Appellationsgericht Basel die Appellation der UBS und des Kantons Solothurn gegen das erstinstanzliche Urteil entgegennimmt)

Total 370'555'300.- Fr. zulasten Staatsrechnungen 1994–2002

Ohne Berücksichtigung der ab 1990 bzw. 1991 ausgefallenen Anteile am Reingewinn und Zinsen auf dem Dotationskapital sowie ohne Zinseszinsrechnung belaufen sich die in den Staatsrechnungen 1994 bis 2002 abgerechneten Aufwendungen des Kantons im Zusammenhang mit der Sanierung und Privatisierung der Solothurner Kantonalbank **per Ende 2002 auf total rund 370,6 Mio. Fr.**

Im November 2001 hat das Zivilgericht Basel als Erstinstanz die Klage des Kantons Solothurn (vertreten durch UBS AG) im Verantwortlichkeitsverfahren abgewiesen.

Im Januar 2002 haben die verhandlungsführende UBS AG und das Büro des Kantonsrates beschlossen, gegen das Urteil zu appellieren. Voraussetzung dafür, dass das Appellationsgericht Basel die Appellation überhaupt entgegen nahm, war, dass die erstinstanzlich aufgelaufenen Kosten und Gebühren von total 1'832'101 Fr. auf der Zivilgerichtskasse hinterlegt wurden. Von diesem Betrag hatte der Kanton Solothurn gemäss Vertrag mit der UBS AG (vormals: Schweizerischer Bankverein) die Hälfte (916'000 Fr.) zu übernehmen.

Zwischenzeitlich – im Februar 2003 – haben sich die Baloise Bank SoBa und die UBS AG sowie der Kanton Solothurn aussergerichtlich auf einen Vergleich mit den beklagten Revisionsgesellschaften Coopers & Lybrand Bankenrevision AG (C&L) bzw. Arthur Andersen AG (AA) geeinigt. Demnach bezahlen die beiden Revisionsgesellschaften zusammen 18 Mio. Fr., die je zur Hälfte an SoBa/UBS bzw. an den Kanton Solothurn gehen.

2. Entwicklung der Besoldungskosten

Für 2002 wurde die Teuerungszulage um 2,3 Indexpunkte (entsprechend 2,2 Lohnprozenten) erhöht und die Teuerung auf 105,1 Indexpunkte gemäss dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Mai 1993=100 Punkte, ausgeglichen. Aus technischen Gründen wurden die teuerungsbedingten Mehrkosten, soweit sie sich in höheren Besoldungskosten und nicht in Beitragserhöhungen niederschlagen, zentral im Finanzdepartement budgetiert. In der Rechnung fallen diese Kosten aber dezentral bei den Dienststellen (Konti 300/301→ Besoldungen, Konto 303→ Sozialversicherungsbeiträge, Konto 304→ Personalversicherungsbeiträge) an. Die im Voranschlag bei den Dienststellen ausgewiesenen Besoldungskosten sind deshalb nicht direkt vergleichbar mit den Rechnungszahlen. Aus diesem Grunde weisen wir nachfolgend auch die Zahlen der Rechnung ohne teuerungsbedingte Mehrkosten (Spalte C) aus und vergleichen diese Werte mit den Voranschlagszahlen, bei denen die Teuerung auch nicht enthalten ist.

Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich auf die Besoldungskosten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung, der kantonalen Schulen (ausser Fachhochschule) und Anstalten sowie der Gerichte. Die Besoldungen der Spitalangestellten und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachhochschule sind in den Spitalbudgets bzw. dem Budgets der Fachhochschule enthalten.

Bruttobesoldungen 2002 je Departement

Departement	A Rechnung 2002 (inkl. Teuerung)	B Kosten Teue- rung	C Rechnung 2002 (exkl. Teuerung)	D Voranschlag 2002	E Differenz (C-D)
Behörden					
Bruttobesoldung	2'212'979	31'188	2'181'791	2'242'200	-60'409
Abweichung in %					-2,9%
Staatskanzlei					
Bruttobesoldung	2'500'029	51'114	2'448'915	2'420'700	28'215

Abweichung in %					1,2%
Bau- und Justiz					
Bruttobesoldung	33'417'631	669'248	32'748'383	35'671'100	-2'922'717
Abweichung in %					-8.2%
Bildung und Kultur					
Bruttobesoldung	86'170'369	1'409'182	84'761'187	85'154'700	-393'513
davon: <i>Lehrkräfte</i>	<i>67'010'429</i>			<i>65'927'000</i>	
davon: <i>Verwaltung</i>	<i>19'159'940</i>			<i>19'227'700</i>	
Abweichung in %					-0,8%
Finanz					
Bruttobesoldung	41'165'019	786'961	40'378'058	41'237'600	-859'542
Abweichung in %					-2,1%
Inneres					
Bruttobesoldung	72'977'839	1'408'057	71'569'782	74'619'300	-3'049'518
davon: <i>Kantonspolizei</i>	<i>35'777'861</i>			<i>35'325'600</i>	
davon: <i>Verwaltung</i>	<i>37'199'978</i>			<i>39'293'700</i>	
Abweichung in %					-4,1%
Volkswirtschaft					
Bruttobesoldung	21'809'288	415'444	21'393'844	21'944'100	-550'256
Abweichung in %					-2,5%

Departement	A Rechnung 2002 (inkl. Teuerung)	B Kosten Teue- rung	C Rechnung 2002 (exkl. Teuerung)	D Voranschlag 2002	E Differenz (C-D)
Gerichte					
Bruttobesoldung	10'946'960	213'815	10'733'145	10'899'200	-166'055
davon: <i>Richter</i>	4'004'666			3'999'300	
davon <i>Verwaltung</i>	6'942'294			6'899'900	
Abweichung in %					-1,5%
Total					
Bruttobesoldung	271'200'114	4'985'009	266'215'105	274'188'900	-7'973'795
Abweichung in %					-2,9%

Die obige Tabelle zeigt, dass im Umfang von rund 8,0 Mio. Fr. Bruttobesoldungen budgetierte Stellen nicht besetzt worden sind. Die Abweichung gegenüber dem Budget beträgt -2,9%.

Die Abweichung verteilt sich auf die verschiedenen Departemente und ist weitgehend auf normale Fluktuationen zurückzuführen. Vakante Stellen werden zumeist mit zeitlicher Verzögerung und zu tieferen Besoldungsansätzen wieder besetzt. Beim Bau- und Justizdepartement fällt u.a. ins Gewicht, dass die Besoldungskredite der Kreisbauämter und teilweise der Kredite für Aushilfen nicht ausgeschöpft wurden. Beim Departement des Innern wurden v.a. die Besoldungskredite des Bildungszentrums für Gesundheitsberufe nicht voll beansprucht.

Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2002 / Rechnung 2001

Departement	Rechnung 2001	Rechnung 2002	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'185'195	2'212'979	+ 27'784	+ 1,3
Staatskanzlei	2'421'659	2'500'029	+ 78'370	+ 3,2
Bau und Justiz	30'108'705	33'417'631	+ 3'308'926	+ 11,0
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	66'787'886	67'010'429	+ 222'543	+ 0,3
- Verwaltungspersonal	19'362'259	19'159'940	- 202'319	- 1,0
Finanz	39'666'238	41'165'019	+ 1'498'781	+ 3,8
Inneres				
- Kantonspolizei	33'751'869	35'777'861	+ 2'025'992	+ 6,0
- Verwaltungspersonal	38'065'994	37'199'978	- 866'016	+ 2,3
Volkswirtschaft	21'184'388	21'809'288	+ 624'900	+ 2,9
Gerichte				
- Richter	3'822'294	4'004'666	+ 182'372	+ 4,7
- Verwaltungspersonal	6'698'001	6'942'294	+ 244'293	+ 3,6
Total Bruttobesoldungen	264'054'487	271'200'114	+ 7'145'627	+ 2,7

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Besoldungsaufwand um insgesamt 7,1 Mio. Fr. (2,7 %). Der Vergleich zeigt mehrheitlich Zunahmen, die auf die um 2,3 Indexpunkte erhöhte Teuerungszulage zurückzuführen sind. Ins Gewicht fällt ferner insbesondere die Zunahme von 3,3 Mio. Fr. oder 11 Prozent beim Bau- und Justizdepartement, welche auf die Verschiebung der Abteilungen Denkmalpflege und Archäologie vom Amt für Kultur und Sport des Departements für Bildung und Kultur ins neue Amt für Denkmalpflege des Bau- und Justizdepartements sowie auf die Professionalisierung des Zivilstandswesens zurückzuführen ist. Bei der Kantonspolizei sind die Mehrkosten von 2 Mio. Fr. oder 6 Prozent Folge der Personalaufstockung bei der uniformierten Polizei wie auch bei den zivilen Angestellten.

3. Stand der Verpflichtungskredite

2002 wurden verschiedene neue Verpflichtungskredite beschlossen: Für die Planung der Zusammenlegung der Strafanstalt „Schöngrün“ mit dem Therapiezentrum „im Schache“ ein Objektkredit von 0,5 Mio. Fr., für die Erhöhung der Sicherheit im Therapiezentrum „im Schache“ ein Objektkredit von 3,8 Mio. Fr., für zusätzliche Angebote im öffentlichen Verkehr ein Verpflichtungskredit von 0,3 Mio. Fr., für die Kinder- und Jugendpsychiatrische Station ein Zusatzkredit von 1,3 Mio. Fr., für die Einführung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit der Oberärztinnen und -ärzte ein Zusatzkredit zum Globalbudget der Spitäler von 6,9 Mio. Fr., für den Umbau des Schmelzihofes in Balsthal ein Zusatzkredit von 0,4 Mio. Fr., für die Beschaffung von Cordless- und Telefon-Anlagen in den solothurnischen Spitälern ein Verpflichtungskredit von 5,4 Mio. Fr.

Per Ende Jahr konnten früher beschlossene Verpflichtungskredite in der Höhe von 136.7 Mio. Fr. abgerechnet werden. In die Übersicht der abgerechneten Verpflichtungskredite wurde auch der am 24.9.1989 vom Volk beschlossene Kredit von damals 80 Mio. Fr. für eine Tages-HTL aufgenommen.

Der Bestand an noch nicht abgerechneten Verpflichtungskrediten beträgt per Ende 2002 total 794,3 Mio. Fr., wovon 451,7 Mio. Fr. noch nicht ausgeschöpft sind. Die noch nicht ausgeschöpften Restkredite werden die Staatskasse gemäss heutiger Planung noch während ca. 6 Jahren belasten.

Departement	Kreditbeträge aufgrund von Volks- oder Kantonsratsbeschlüssen bis 31.12.2002	Noch offene, nicht ausgeschöpfte Restkredite am 31.12.2002
Bau und Justiz	742'196'818	432'324'461
Finanz	13'400'000	7'188'896
Inneres	33'468'517	10'483'378

Volkswirtschaft	5'268'000	1'609'658
Total	794'333'335	451'606'393

Angaben zu den einzelnen Verpflichtungskrediten, deren Rechtsgrundlage und Beanspruchung per Ende 2002 befinden sich im Abschnitt 'Übersichten'.

4. Entwicklung der kantonalen Finanzlage

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 1997 bis 2002.

Kennzahlen (in Mio. Fr. bzw. %)	1997	1998	1999 inkl. Atel- Aktienver- kauf	2000	2001	2002
Cash-flow	68,9	46,5	99,1	100,0	44,7	71,63
Abschreibungen *	130,1	111,4	114,6	109,2	80,9	81,11
Aktienaufwertung					22,5	
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	- 61,2	- 64,9	- 15,5	- 9,2	- 13,7	-9,48
Abschreibung Bilanzfehlbetrag	104,5	111,7	124,7	127,8	129,6	132,37
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	- 165,7	- 176,6	- 140,2	- 137,0	- 143,3	- 141,85
Netto-Investitionen	108,6	136,7	117,2	97,7	72,3	71,36
Operativer Finanzierungs- ergebnis	- 39,8	- 90,2	- 18,1	+ 2,3	- 27,6	+ 0,27
Effektives Finanzierungsergebnis	-39,8	-90,2	+ 26,1	+1,1	-27,6	+ 0,3
Selbstfinanzierungsgrad	63 %	34 %	85 %	102,3%	61,8%	100,4%
Gesamtabschreibungssatz	26 %	27 %	27 %	27%	21,7%	22,6%
Nettoverschuldung	973,3	1'063,4	1'037,3	1'036,2	1'063,8	1'063,5
Dito, in Fr. pro Einwohner	4'010	4'350	4'220	4'210	4'300	4'290
Nettozinsaufwand total	37,7	32,2	39,3	37,9	36,4	36,9
Dito, in % der Staatssteuern	7,2%	6,4%	7,6%	6,9%	6,4%	5,8%
Bilanzfehlbetrag	558,5	623,4	638,9	648,1	661,8	671,3
EinwohnerInnen per Ende Jahr (Schätzung für 2002)	242'573	244'275	245'532	246'121	247'241	248'000

- *) Abschreibungen **1997** inkl. zusätzliche Abschreibungen 2,2 Mio. Fr. auf Investitionen und 25,2 Mio. Fr. auf dem Bilanzfehlbetrag aus Aufwertung der Atel-Aktien.

Die Kennzahlen zeigen gegenüber dem Vorjahr wiederum eine gewisse Verbesserung der finanziellen Situation des Kantons. Sie entsprechen in etwa denjenigen aus dem Jahr 2000. Das operative Defizit (und damit die Zunahme des Bilanzfehlbetrags) liegt mit 9,5 Mio. Fr. in der Nähe des Abschlusses 2000 (9,2 Mio. Fr.), welcher seit vielen Jahren das beste Ergebnis auswies. Der Cash Flow liegt zwar deutlich unter dem entsprechenden Wert des Jahres 2000 (2002: 71,6 Mio. Fr., 2000: 100 Mio. Fr.). Da aber die Nettoinvestitionen gegenüber 2000 auch deutlich – von 97,7 auf 71,4 Mio. Fr. – gesunken sind, konnte das Ziel 100% Selbstfinanzierungsgrad im Berichtsjahr dennoch erreicht werden. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 100,4% konnte die Nettoverschuldung leicht, von 1'063,8 auf 1'063,5 Mio. Fr., gesenkt werden.

5. Entwicklung in den einzelnen Departementen

Im Folgenden wird auf besondere Aspekte und Entwicklungen in den einzelnen Departementen hingewiesen. Die Bemerkungen konzentrieren sich auf die allerwichtigsten Punkte. Bei Vergleichen mit den Voranschlagskrediten ist zu beachten, dass in den Rechnungsergebnissen der einzelnen Dienststellen die zentral im Finanzdepartement budgetierten Kosten der Teuerungszulage von 2,3% enthalten sind.

Für die Globalbudgets wird auf die entsprechenden Vorlagen sowie auf die unter "Übersichten" angeführten Darstellungen (Leistungsaufträge, Ziele, Leistungsindikatoren, Dienststellenblätter, Produktgruppenergebnisse) der Rechnungszahlen 2002 hingewiesen.

5.1 Erfolgsrechnung

5.1.1 Behörden

Aufwand und Ertrag für Stände-, Kantons- und Regierungsrat schliessen per saldo um 768'000.– Fr. schlechter ab als erwartet. Diese Abweichung ist allein auf die zusätzlichen Kosten im Verantwortlichkeitsverfahren SKB/BIK von 841'000.– Fr. zurückzuführen (vgl. auch Bemerkungen unter Abschnitt 1.5, Kosten der Sanierung und Privatisierung der Solothurner Kantonalbank).

5.1.2 Staatskanzlei

Der Gesamtaufwand beträgt 11,3 Mio., der Gesamtertrag (inkl. Verrechnungen) 11,0 Mio. Fr. Gegenüber dem Voranschlag ist insgesamt eine Verschlechterung des Nettoergebnisses

von 250'000.-- Fr. festzustellen. Diese Verschlechterung ist auf Mehraufwänden bei den Portikosten zurückzuführen.

In der Staatskanzlei wird die Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

5.1.3 Bau- und Justizdepartement

a) Allgemeine Bemerkungen

Im Bau- und Justizdepartement wird ein Aufwand von total 159,3 Mio. Fr., ein Ertrag von insgesamt 98,0 Mio. Fr. und interne Verrechnungen von 49,0 Mio. Fr. ausgewiesen; das Defizit beträgt 12,2 Mio. Fr. (2001: 19,4 Mio. Fr.). Gegenüber dem Budget ist ein Mehraufwand von 0,6 Mio. Fr. und ein Mehrertrag von 4,9 Mio. Fr. zu verzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die teuerungsbedingten Mehrkosten des Personals gegenüber dem Budget 1,1 Mio. Fr. (davon 0,7 Mio. Fr. ergebniswirksam) ausmachen.

Im Bau- und Justizdepartement werden das Amt für Raumplanung (inkl. Spezialfinanzierung Natur- und Heimatschutz), die Bereiche Kantons- und Nationalstrassenunterhalt, das Amt für Umwelt sowie das Amt für Denkmalpflege und Archäologie mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

b) Hochbauamt

Die wichtigsten Aufwandpositionen (ohne interne Verrechnungen) des Hochbauamtes entwickelten sich in den letzten fünf Jahren wie folgt (in 1'000 Fr.):

Jahr	Verwaltungs- Kosten	Sozialer Wohnungsbau	Ordentli- cher Unterhalt	Liegenschaften- verwaltung	Total
1998	2'901	91	7'865	9'577	20'434
1999	2'864	113	8'121	9'675	20'774
2000	2'816	359	8'303	11'542	23'019
2001	2'785	115	8'430	12'297	23'627
2002	2'926	104	7'948	13'013	23'991

c) Amt für Verkehr und Tiefbau

In der Laufenden Rechnung liegt der gesamte Aufwand des Amtes für Verkehr und Tiefbau (AVT) bei 86,4 Mio. Fr. (Vorjahr: 81,9 Mio. Fr.). Die Ausgaben von total 59,6 Mio. Fr. (Vorjahr 56,2 Mio. Fr.) im Strassenunterhalt sowie für die Abschreibung der Investiti-

onen im Kantons- und Nationalstrassenbau sind im Rahmen der Spezialfinanzierung durch Steuern und Gebühren aus dem Motorfahrzeugverkehr sowie Beiträge des Bundes und der Gemeinden vollumfänglich gedeckt.

Die Zuweisung des Bundes aus dem allgemeinen Treibstoffzollanteil steigt leicht an (+0,3 Mio. Fr.); diese beträgt 11,4 Mio. Fr. und wird je zur Hälfte der Erfolgsrechnung und dem Strassenbaufonds zugewiesen. Die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA von 6,8 Mio. Fr. (2001: 5,8 Mio. Fr.) wird vollumfänglich dem Strassenbaufonds zugewiesen.

Im Bereich **Kantons- und Nationalstrassen** haben sich die Aufwendungen des Kantons für die **Verwaltung** sowie für **Strassenplanung** und **-unterhalt** in den letzten fünf Jahren wie folgt entwickelt (in 1'000 Fr.):

Jahr	Verwaltungs- Kosten	Nettokosten Kantonsstrassen	Nettokosten Nationalstrassen	Total Nettokosten
1998	2'936	6'384	530	9'850
1999	3'004	6'906	547	10'457
2000	3'394	8'656	610	12'660
2001	2'921	15'211	546	18'678
2002	3'062	17'711	416	21'189

Die im Berichtsjahr ausgewiesenen Nettokosten für Kantons- und Nationalstrassen-planung und -unterhalt von 21,1 Mio. Fr. liegen 2,5 Mio. Fr. über dem Vorjahr.

Die Nettoinvestitionen für den **Kantonsstrassenbau reduzierten** sich gegenüber 2001 um 0,3 Mio. Fr. auf 12,0 Mio. Fr. und diejenigen für **National- und Zufahrtsstrassen** blieben mit 18,6 Mio. Fr. konstant. Wie der Strassenunterhalt, werden auch die Investitionsausgaben über eine Spezialfinanzierung aus dem Ertrag der Motorfahrzeugsteuern gedeckt. Da seit 1996 der jährliche Mittelzufluss die Aufwendungen nicht mehr zu decken vermag, weist die Spezialfinanzierung per Ende 2002 einen negativen Saldo (- 33,4 Mio. Fr.) aus.

Der Aufwand für den **öffentlichen Verkehr** beträgt insgesamt 26,8 Mio. Fr. (2001: 25,7 Mio. Fr.). Die Abgeltungen an die drei Tarifverbünde liegen mit 4,9 Mio. Fr. um 0,1 Mio. Fr. tiefer als im Vorjahr. Die Abgeltungen an die Autokurse betragen 11,7 Mio. Fr. (Vorjahr: 12,7 Mio. Fr.) und die Abgeltungen an die Bahnen 9,7 Mio. Fr. (Vorjahr: 7,6 Mio. Fr.). Die Gemeinden sind an den Abgeltungsbeiträgen und an den Tarifverbünden mit total 13,2 Mio. Fr. beteiligt.

d) **Amt für Justiz**

Der Aufwand des Amtes für Justiz betrug 18,0 Mio. Fr. und lag damit unter dem Voranschlag (18,9 Mio. Fr.). Der Ertrag erreichte 11,6 Mio. Fr. und lag damit um 0,7 Mio.

Fr. über dem Voranschlag. Die Gebühren für Strafverfügungen sind mit 2,2 Mio. Fr. um 0,4 Mio. Fr. und die Bussen Strafverfügungen mit 4,1 Mio. Fr. um 0,6 Mio. Fr. über dem Budget.

5.1.4 Departement für Bildung und Kultur

Die Rechnung des Departements für Bildung und Kultur schliesst mit einem Aufwand von 308,0 Mio. Fr. (Voranschlag: 302,7 Mio. Fr.), einem Ertrag von 35,6 Mio. Fr. (Voranschlag: 33,5 Mio. Fr.) und internen Verrechnungen von 24,1 Mio. Fr. (Voranschlag: 25,5 Mio. Fr.) ab. Per saldo ist gegenüber dem Voranschlag ein Mehraufwand von 1,8 Mio. Fr. zu verzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die teuerungsbedingten Mehrkosten des Personals gegenüber dem Budget 2,4 Mio. Fr. ausmachen.

Im Departement für Bildung und Kultur werden das Departementssekretariat, die Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung, das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, das Amt für Kultur und Sport sowie die Fachhochschule mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

Die folgende Tabelle orientiert über die **Netto-Aufwändungen** für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Fr.):

Jahr	Volks- Schulen	Mittel- Schulen	Berufs- Schulen	Fachhoch- schulen /h. Fachsch.	Hoch- Schulen	Total
R'98	*114'141	56'362	29'118	16'373	16'190	*232'184
R'99	**124'847	56'686	27'956	16'224	19'674	**245'387
R'00	***101'828	57'470	29'906	15'809	21'655	***226'668
R'01	****118'489	53'700	26'496	15'535	22'511	****236'731
R'02	****126'923	61'751	31'901	13'000	22'008	****255'583

* kl. Bildung Rückstellungen von 15,0 Mio. Fr. für noch nicht geleistete Subventionen an Lehrerbesoldungen

** inkl. Bildung Rückstellungen von 20,8 Mio. Fr. für noch nicht geleistete Subventionen an Lehrerbesoldungen

*** inkl. Bildung Rückstellungen von 4 Mio. Fr. für noch nicht geleistete Subventionen an Lehrerbesoldungen

**** keine Bildung von Rückstellungen

Ab R'00: neu vorgenommene interne Verrechnungen (Overheadkosten, EDV-Abschreibungen, Mieten etc.)

Gegenüber der Rechnung des Vorjahres ist bei den Schulen insgesamt ein Mehraufwand von 18,8 Mio. Fr. festzustellen. Diese Abweichung ist vor allem auf folgende Punkte zurückzuführen:

- Bei den **Volksschulen** ergibt sich gegenüber der Rechnung des Vorjahres ein Mehraufwand von 8,4 Mio. Fr. Dies ist hauptsächlich auf die erstmalige Abgrenzung der Beiträge an Sonderschulen und ausserkantonalen Schulheime per 31.12.2002 (5,0 Mio. Fr.) zurückzuführen. Weiter sind die Defizitbeiträge an Sonderschulen und an inner- und ausserkantonale Schulheime stark angestiegen.
- Die **Mittelschulen** verzeichnen gegenüber dem Vorjahr einen Mehraufwand von 8,0 Mio. Fr. Dieser ist auf die erstmals verrechneten Mietkosten von 8,0 Mio. Fr. zurückzuführen.
- Die **Berufsschulen** weisen ebenfalls einen Mehraufwand von 5,4 Mio. Fr. gegenüber dem Vorjahr aus. Dieser ist auf die erstmals verrechneten Mietkosten von 5,2 Mio. Fr. zurückzuführen.
- Um einen Teil der Betriebsreserven bei der **Fachhochschule** aufzulösen, wurde der Betriebsbeitrag im 2002 einmalig um 2,5 Mio. Fr. herabgesetzt.
- Die **Hochschulen** weisen einen Minderaufwand von 0,5 Mio. Fr. aus. Im Jahr 2002 wurden keine Beiträge mehr an den klinischen Unterricht ausgerichtet.

Die **Schulgelder** für den ausserkantonalen Schulbesuch sind gegenüber dem Vorjahr um 17,6 Mio. Fr. gesunken (2002: 22 Mio. Fr.; 2001: 39,6 Mio. Fr.). Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2001, bedingt durch den geänderten Fakturierungsmodus RSA,

1.5 Schuljahre statt 1 Schuljahr fakturiert worden sind und dass im Abschluss 2001 erstmals transitorische Abgrenzungen in der Höhe von 7.9 Mio. Fr. vorgenommen wurden. Im Rahmen des Abschlusses 2002 wurden im Bereich der Schulgelder 3,2 Mio. Fr. transitorische Rechnungsabgrenzungen vorgenommen.

5.1.5 Finanzdepartement

a) Allgemeine Bemerkungen

Mit einem Ertrag von 911,7 Mio. Fr. (Voranschlag: 885,3 Mio. Fr.), einem Aufwand von 340,3 Mio. Fr. (Voranschlag: 365,5 Mio. Fr.) und internen Verrechnungen von 25,0 Mio. Fr. (Voranschlag: 22,1 Mio. Fr.) resultiert ein Netto-Ertrag von 546,4 Mio. Fr. (Voranschlag: 497,7 Mio. Fr.). Dabei ist zu berücksichtigen, dass gegenüber dem Budget einerseits teuerungsbedingte Mehrkosten des Personals von 1,3 Mio. Fr., andererseits aber auch ein Minderaufwand von 8,7 Mio. Fr. (Wegfall des zentral budgetierten Kredites für die Ausrichtung der Teuerungszulage von 2,3 Indexpunkten) anfallen.

Im Finanzdepartement werden das Amt für Finanzen, das Steueramt, das Amt für Informatik und Organisation, die Kantonale Finanzkontrolle, alle Amtschreibereien sowie das Betreibungs- und Konkursamt Olten-Gösgen mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

b) Wichtigste Erträge

Die grössten Erträge, die in diesem Departement anfallen, stammen aus den kantonalen direkten Steuern und den Nebensteuern, den Bundesanteilen und den Gebühren der Amtschreibereien. In den einzelnen Bereichen ergab sich folgende Entwicklung:

Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den **Staatssteuern** ist wie folgt in die Erfolgsrechnung eingesetzt worden:

Staatssteuer (in Mio. Fr.)	Voranschlag	Rechnung	Differenz	
	2002	2002	in Mio. Fr.	in%
- Staatssteuer nat. Personen**	457,1	467,6	+ 10,5	
			+ 2,3	
- Staatssteuer jur. Personen*	78,0	97,2	+ 19,2	
			+ 24,6	
- Spitalsteuer	53,9	56,5	+ 2,6	
			+ 4,8	
- Finanzausgleichssteuer	7,8	9,7	+ 1,9	
			+ 24,4	
- Nach- und Strafsteuern	0,9	0,2	- 0,7	
			- 77,8	
- Grenzgängerbesteuerung	1,0	1,3	+ 0,3	
			+ 30,0	

- Grundstückgewinnsteuer	5,7	4,4	- 1,3	
netto			- 21,1	
Total	604,4	636,9	+ 32,5	+ 5,4

*) inkl. Erträge aus Vorjahren

**) inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern und übrige Sondersteuern;
netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Der in die Staatsrechnung 2002 eingegangene **Gesamtertrag** der Staatssteuern liegt deutlich über dem Voranschlag (+ 32,5 Mio. Fr. oder 5,4%). Der Mehrertrag ist vor allem auf den höheren Steuerertrag bei den juristischen Personen (+ 19,2 Mio. Fr. oder 24,6%) zurückzuführen.

Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 1998 – 2002:

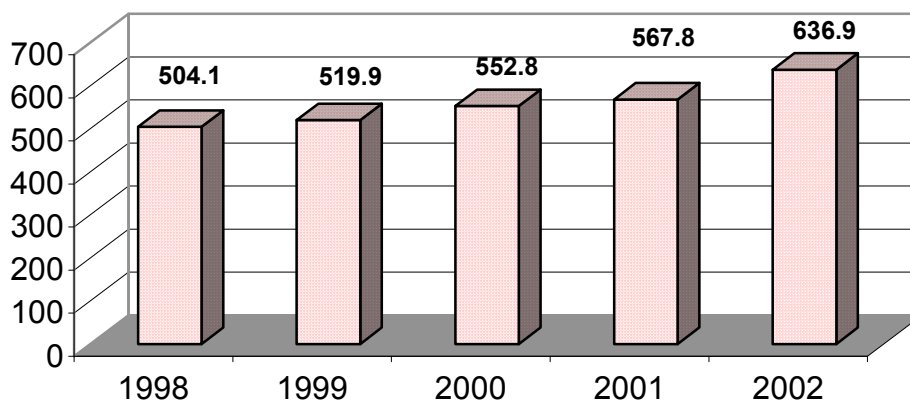
Staatssteuern					
(in Mio. Fr.)	R'98	R'99	R'00	R'01	R'02
– Staatssteuer nat. Personen*/**	408,5	413,3	430,7	413,2	467,6
– Staatssteuer jur. Personen*	50,4	59,9	68,3	89,0	97,2
– Spitalsteuer	32,4	33,4	39,8	49,6	56,5
– Finanzausgleichssteuer	5,1	6,0	6,8	8,9	9,7
– Nach- und Strafsteuern	1,0	0,4	0,4	0,4	0,2
– Grenzgängerbesteuerung	1,0	1,0	1,1	1,1	1,3
– Grundstückgewinnsteuer	5,7	5,9	5,7	5,6	4,4
Total	504,1	519,9	552,8	567,8	636,9

*) inkl. Erträge aus Vorjahren

**) inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern (seit 1997), Kapitalabfindungssteuern (seit 1998) und übrige Sondersteuern (seit 1998); netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Zunahme beim Ertrag der Staatssteuern um 69,1 Mio. Fr. oder 12,2% festzustellen. Das bessere Ergebnis ist auf die Zunahme der Staatssteuern der natürlichen Personen (+ 54,4 Mio. Fr. oder 13,2%) und der juristischen Personen (+ 8,2 Mio. Fr. oder 9,2%) zurückzuführen.

Staatssteuerertrag 1998-2002 (Mio Fr.)



Steuerausstand

Der Ausstand an Staatssteuern betrug per Ende 2002 rund 192,9 Mio. Fr. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Ausständen von 16,1 Mio. Fr. aus den Jahren 1987–2000, 74,3 Mio. Fr. aus dem Jahr 2001, sowie 102,5 Mio. Fr. aus dem Jahr 2002. Der Aus-

stand hat infolge Umstellung auf die Gegenwartsbemessung im Rechnungsjahr um rund 70,3 Mio. Fr. zugenommen:

	Fr.
Steuerausstand 1.1.2002	122'648'935
Steuerausstand 31.12.2002	<u>192'949'264</u>
Veränderung Steuerausstand per Ende 2002	70'300'329
	=====

Nebensteuern

Der Ertrag der **Nebensteuern** 2002 entspricht genau dem Voranschlag.

Nebensteuern (in Mio. Fr.)	Rechnung 2002	Voranschlag 2002	Differenz
- Handänderungssteuer	26,6	28,5	- 1,9
- Erbschaftssteuer	16,3	12,5	+ 3,8
- Nachlasssteuer	4,1	6,0	- 1,9
- Schenkungssteuer	0,8	0,8	0
Total	47,8	47,8	0

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 1998 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern (in Mio. Fr.)	1998	1999	2000	2001	2002
- Handänderungssteuer	24,3	28,1	26,4	22,8	26,6
- Erbschaftssteuer	12,0	22,9	11,6	10,9	16,3
- Nachlasssteuer	3,8	6,1	4,3	4,4	4,1
- Schenkungssteuer	0,7	0,3	0,8	0,5	0,8
Total	40,8	57,4	43,1	38,6	47,8

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 47,8 Mio. Fr. um 9,2 Mio. Fr. über dem Niveau des Vorjahres. Im Vergleich mit den Vorjahren ist zu berücksichtigen, dass im Jahre 1999 allein rund 11 Mio. Fr. auf einen einmaligen, ausserordentlichen Steuereingang bei der Erbschaftssteuer entfallen.

Bundesanteile

An **Bundesanteilen** wurden insgesamt 129,5 Mio. Fr. vereinnahmt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 138,6 Mio. Fr. per saldo um 9,1 Mio. Fr. unterschritten. Die Verschlechterung ist hauptsächlich auf die zu optimistisch budgetierten Erträge der direkten Bundessteuer zurückzuführen. Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Fr.)	1998	1999	2000	2001	2002
- Reingewinn Nationalbank	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
- Direkte Bundessteuer	28,3	33,9	26,8	25,6	34,6
- Verrechnungssteuer	14,4	4,4	15,8	2,2	7,4
- Finanzausgleichsbeitrag	51,2	46,7	54,8	59,1	55,0
- Ertrag Nationalbank	25,5	32,0	31,6	31,6	32,3
Total	119,6	117,2	129,3	118,7	129,5

Gebühren der Amtschreibereien

Der Ertrag aus **Gebühren der Amtschreibereien** von total 30,5 Mio. Fr. liegt um 0,3 Mio. Fr. unter dem Voranschlag. Mindererträge ergaben sich vor allem bei den Grundbuchgebühren. Seit 1998 ist folgende Entwicklung zu verzeichnen:

Gebühren Amtschreibereien	1998	1999	2000	2001	2002
Total (in Mio. Fr.)	27,7	29,2	30,4	29,5	30,5

c) Grösste Aufwandpositionen

Mittel- und langfristige Schulden

Die **mittel- und langfristigen Schulden** in Form von Obligationenanleihen und Darlehen mit Laufzeiten von drei bis zehn Jahren haben sich wie folgt entwickelt:

Feste Schulden (in Mio. Fr.)	1998	1999	2000	2001	2002
Anleihen/Privatplatzierungen	546,0	476,0	311,0	361,0	337,0
Obligationenanleihen	705,0	705,0	855,0	755,0	855,0
Total	1'251,0	1'181,0	1'166,0	1'116,0	1192,0

Insgesamt haben die mittel- und langfristigen Schulden per saldo um 76,0 Mio. Fr. zugenommen.

Der Anteil der Schulden, welcher zu einem Zinssatz von unter 4% auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden konnte, beträgt Ende 2002 65%. (vgl. dazu die Zusammenstellung der Fälligkeiten der mittel- und langfristigen Schulden per Ende 2002 unter den Übersichten).

Nettoverschuldung

Die **Nettoverschuldung** – verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits – hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Fr.)	1998	1999	2000	2001	2002
Fremdkapital*	1'565,1	1866,4	1'494,9	1'502,4	1600,9
Spezialfinanzierungen (netto)	96,0	46,7	14,9	15,1	20,7
Total fremde Mittel	1'661,1	1913,1	1'509,8	1'517,5	1621,6

./.. Finanzvermögen	597,7	875,8	473,6	453,7	558,1
Nettoverschuldung	1'063,4	1037,3	1'036,2	1'063,8	1063,5

*) ohne Darlehen der landwirtschaftlichen Kreditkasse (2002 total 55,4 Mio. Fr.)

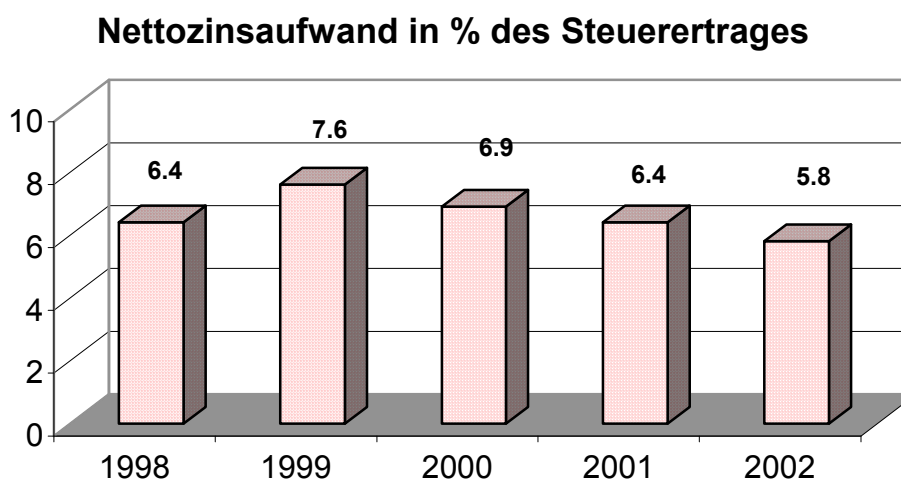
Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des **Nettozinsaufwandes** wird nach Neuem Rechnungsmodell der Sachgruppe 32 (Passivzinsen) die Sachgruppe 42 (Vermögenserträge) gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung (vgl. Übersichten) gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 1997 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Fr.)	1998	1999	2000	2001	2002
Passivzinsen (Sachgruppe 32)	56,8	62,2	57,7	55,1	51,2
Vermögenserträge (Sachgruppe 42*)	24,6	22,9	19,8	18,7	14,3
Nettozinsaufwand	32,2	39,3	37,9	36,4	36,9
Total Staatssteuern	504,1	519,9	552,8	567,3	636,9
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	6,4	7,6	6,9	6,4	5,8

*) exkl. Buchgewinne

Der Nettozinsaufwand von 36,9 Mio. Fr. liegt um 1,5 Mio. Fr. (– 3,9 %) unter dem Vorjahr. Er beträgt, gemessen am Ertrag der gesamten Staatssteuer, 5,8 %, d.h. von 100 Fr. Steuerertrag müssen 5,80 Fr. für den Nettozinsendienst ausgegeben werden.



Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen

Die **Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen** werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2002, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen 14 (Sachgüter)

und 16 (Investitionsgüter) erzeugt. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2002 wie folgt:

Abschreibungen	Rechnung 2001	Rechnung 2002
	Mio. Fr.	Mio. Fr.
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr	295,6	288,0
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr	<u>24,4</u>	<u>19,8</u>
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr <u>vor</u> Abschreibungen	320,0	307,8
Ordentliche Abschreibungen	- 32,0	- 30,8
Restbuchwert per Ende Rechnungsjahr	288,0	277,0

In der Staatsrechnung 2002 wurden auf dem Verwaltungsvermögen Abschreibungen von insgesamt 30,8 Mio. Fr. vorgenommen.

Auf den **Spezialfinanzierungen** (Spitalbauten, Strassenbauten usw.) werden die Nettoinvestitionen in der Höhe von insgesamt 50,3 Mio. Fr. (Voranschlag: 67,0 Mio. Fr.) vollständig abgeschrieben.

Der **Gesamtabschreibungssatz auf dem Verwaltungsvermögen** wurde wie folgt berechnet:

	in Mio. Fr.
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 31.12.2002	307,8
Abzuschreibende Nettoinvestitionen der Spezialfinanzierungen 2002	<u>50,3</u>
<u>Total abzuschreibende Aktiven</u>	358,1
Ordentliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	30,8
Abschreibung auf Spezialfinanzierungen	<u>50,3</u>
Für die Berechnung des Gesamtabschreibungssatzes massgebende Abschreibungsgrösse	<u>81,1</u>
 <u>Gesamtabschreibungssatz (in %) = (81,1 Mio. Fr. x 100) / 358,1 Mio. Fr. =</u>	
	<u>22,6 %</u>

Abschreibung auf Bilanzfehlbetrag

Gestützt auf § 19 der revidierten Finanzhaushaltsverordnung (KRB 71/95 vom 5. Juli 1995) ist ein Bilanzfehlbetrag jährlich mit 20 % abzuschreiben. Der Bilanzfehlbetrag beläuft sich per 31.12.2002 auf 661,8 Mio. Fr. Somit ergibt sich ein Abschreibungsbedarf von

132,4 Mio. Fr. Die Abschreibung auf dem Bilanzfehlbetrag bleibt aber ohne Auswirkungen auf den Cash Flow und damit auf den Selbstfinanzierungsgrad.

Abschreibungen auf dem Finanzvermögen

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von rund 11,1 Mio. Fr. (Vorjahr: 8,6 Mio. Fr.). Daran partizipieren nebst den Gerichten (ca. 4,0 Mio. Fr.) vor allem das Steueramt mit folgenden Verlusten:

– Erlassene Staatssteuern NP	0,2 Mio. Fr.
– Uneinbringliche Staatssteuern NP	5,2 Mio. Fr.
– Erlassene und uneinbringliche Staatssteuern JP	0,3 Mio. Fr.
– Erlassene und uneinbringliche Spitalsteuern	0,4 Mio. Fr.
– Erlassene und uneinbringliche Sondersteuern	0,8 Mio. Fr.

Die auf den Staatssteuern abgeschrieben Beträge machen 1,7 % des gesamten Staatssteuerertrages aus.

Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen (Kontengruppe 6421)

Die Beiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen werden seit 1999 den einzelnen Kostenstellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag liegt mit 53,6 Mio. Fr. leicht über dem Vorjahr (51,7 Mio. Fr.). Auf die Bruttobesoldung gerechnet sind dies ca. 19,8 Prozent (Vorjahr 19,6 %).

5.1.6 Departement des Innern

a) Allgemeine Bemerkungen

Die Rechnung des Departements des Innern schliesst mit einem Aufwand von 589,8 Mio. Fr. (Voranschlag: 551,3 Mio. Fr.), einem Ertrag von 245,5 Mio. Fr. (Voranschlag: 254,0 Mio. Fr.) und internen Verrechnungen von 0,8 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,3 Mio. Fr.) ab. Der Aufwandüberschuss von 345,1 Mio. Fr. übersteigt den Voranschlag um 46,5 Mio. Fr. Allein die Mehrkosten bei den ausserkantonalen Spitalbehandlungen gemäss KVG und den Spitälern betragen 41,0 Mio. Fr. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die teuerungsbedingten Mehrkosten des Personals gegenüber dem Budget 2,3 Mio. Fr. (davon 2,0 Mio. Fr. ergebniswirksam) ausmachen.

Im Departement des Innern werden die Spitäler, die Lebensmittelkontrolle, das Bildungszentrum für Gesundheitsberufe, die Motorfahrzeugkontrolle, die Strafanstalt Schöngrün, das Therapiezentrum 'Im Schache' und die Polizei mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

b) Gesundheitsamt

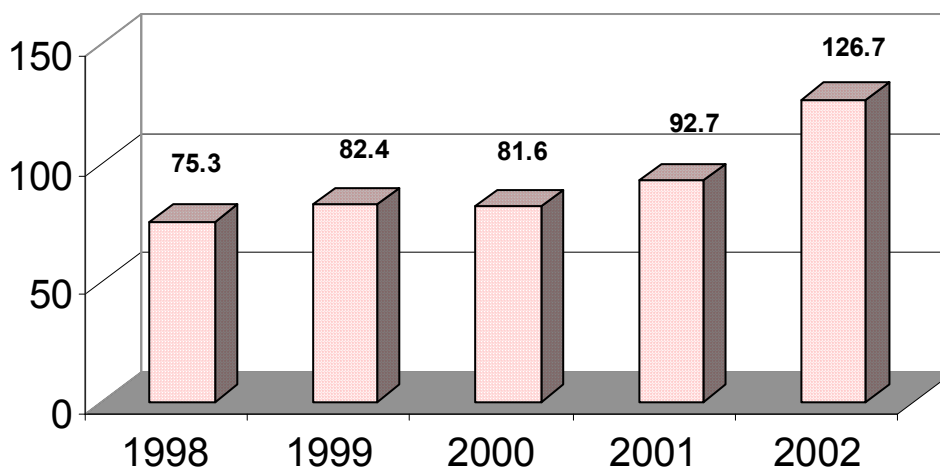
Beim Gesundheitsamt beträgt der Aufwand 54,6 Mio. Fr., der Ertrag 4,6 Mio. Fr. und die internen Verrechnungen 2,3 Mio. Fr. Der Nettoaufwand beläuft sich auf 52,3 Mio. Fr., d.h. 10,7 Mio. Fr. höher als budgetiert. Ohne die Spitalbehandlungen gemäss KVG mit einer Aufwandüberschreitung von 13,5 Mio. Fr. wäre der Nettoaufwand 2,8 Mio. Fr. unter dem Budget.

c) Spitalamt

Im Spitalamt beträgt der Aufwand 172,6 Mio. Fr., der Ertrag 3,8 Mio. Fr. und die internen Verrechnungen 55,7 Mio. Fr. Der Nettoaufwand beläuft sich auf 113,1 Mio. Fr., d.h. 26,3 Mio. Fr. mehr als budgetiert.

Für die **Solothurnischen Spitäler** wurde im Voranschlag ein Betriebsbeitrag von 108,0 Mio. Fr. eingesetzt. Tatsächlich überwiesen wurden 126,7 Mio. Fr. Die ausserordentlichen Mehrkosten sind unter anderem auf die Einführung der 55-Stunden-Woche für Oberärztinnen und Oberärzte und die Rückgängigmachung der Einsparungsvorgaben für die Regionalisierung zurückzuführen sowie auf die Abdeckung der Mehrkosten infolge des Urteils des Eidg. Versicherungsgerichtes vom November 2001 (Übernahme des Sockelbeitrages für innerkantonale privat- und halbprivatversicherte Patientinnen und Patienten). Gleichzeitig musste noch ein weiterer Nachtragskredit von 8,8 Mio. Fr. für die Mehrkosten infolge des Urteils des Eidg. Versicherungsgerichtes zur Übernahme des Beitrages rückwirkend für das Jahr 2001 bewilligt werden (sep. Kreditposition).

Betriebsbeiträge an Spitäler (Mio Fr.)



Die Ertrag der Spitalsteuer wird zu 60 % (33,6 Mio. Fr.) als Einlage in den Spitalbaufonds und zu 40 % (22,4 Mio. Fr.) für die teilweise Deckung der Spitaldefizite herangezogen.

Die **Investitionen in die Spitalinfrastruktur** erreichten 18,4 Mio. Fr. (Vorjahr: 15,9 Mio. Fr.). Sie liegen um 19,0 Mio. Fr. unter dem Voranschlag. Die Abweichung gegenüber dem Voranschlag ist vor allem auf das Kantonsspital Olten zurückzuführen. Für das Kantonsspital Olten wurden nur 1,5 Mio. Fr. anstelle der budgetierten 19,6 Mio. Fr. ausgegeben. Weitere Abweichungen gegenüber dem Voranschlag verteilen sich auf verschiedene Positionen. Für die Höhenklinik Allerheiligenberg wurden 1,5 Mio. Fr. mehr, für die Telefonanlage 1,6 Mio. Fr. mehr, für die Sanierung der Wärmeerzeugungsanlage 1,0 Mio. Fr. weniger und für den Ersatz der Spitalinformatik 2,5 Mio. Fr. weniger als budgetiert ausgegeben.

Der **Spezialfinanzierung für Spitalbauten** wurden 60 % oder 33,6 Mio. Fr. der Spitalsteuer zugewiesen. Auf der Aufwandseite wurden die Abschreibung der Investitionen von 18,4 Mio. Fr., der Zinsaufwand von 0,5 Mio. Fr. für die Fondsunterdeckung verbucht. Zum Ausgleich der Spezialfinanzierung konnte folglich eine Fondseinlage von 15,2 Mio. Fr. verbucht werden. Dank dieser Einlage reduzierte sich die Unterdeckung des Spitalbaufonds von minus 17,7 auf minus 2,5 Mio. Fr. per 31.12.2002.

Jahr	Erträge Anteil Spitalsteuer und Zinsen	Aufwendungen für Spitalbauten usw.	+ Einlagen in - Entnahmen aus Spez.fin.	Stand Spitalbau- Fonds
R'98	17,2	40,0	- 22,8	22,8
R'99	16,6	43,3	- 26,7	- 3,9
R'00	20,1	46,8	- 26,6	- 30,6
R'01	29,9	17,0	+ 12,9	- 17,7
R'02	34,1	18,9	+ 15,2	- 2,5

d) **Amt für Gemeinden und Soziale Sicherheit**

Das Amt für Gemeinden und Soziale Sicherheit (AGS) schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 134,4 Mio. Fr. (Voranschlag: 126,1 Mio. Fr.) ab.

Die Kosten für **Logistik und Infrastruktur AGS** betrugen 3,8 Mio. Fr. und liegen 0,2 Mio. Fr. über dem Budget.

Die Kosten für **Logistik und Infrastruktur Oberämter** betrugen 2,4 Mio. Fr. und liegen 0,4 Mio. Fr. unter dem Budget.

Für die **Sozialhilfe** wurden 1,1 Mio. Fr. aufgewendet. Mit der Entnahme von 3,25 Mio. Fr. aus dem Ausgleichskonto konnte der budgetierte Ertragsüberschuss von 2,4 Mio. Fr. ausgewiesen werden.

Der Bereich **Asyl** kostete 25,0 Mio. Fr. (2001: 23,8 Mio. Fr.). Die Kosten wurden vollumfänglich durch Bundesbeiträge gedeckt.

Die Aufwendungen für **soziale Dienste und Vormundschaft** (Opferhilfe, Suchtprävention) betragen 1,7 Mio. Fr. Die Aufwendungen dienen der Ausrichtung von Beiträgen an die Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer sowie der Opferhilfe. Die Kosten der GASS-Suchthilfe werden vollumfänglich von den Gemeinden und dem Bund getragen.

Für die **Prämienverbilligung** an die Versicherten gemäss KVG wurden 74,9 Mio. Fr. aufgewendet. Budgetiert waren 71,5 Mio. Fr. Der Bundesbeitrag an die Aufwendungen betrug 53,1 Mio. Fr. (Vorjahr: 45,0 Mio. Fr.). Per saldo wurde der Kanton – wie budgetiert – mit 19,9 Mio. Fr. (Vorjahr: 21,3 Mio. Fr.) belastet.

Die Betriebsbeiträge an **Soziale Institutionen** beliefen sich auf insgesamt 6,6 Mio. Fr. (Voranschlag: 5,0 Mio. Fr.). Die Abschreibungen erhöhten sich gegenüber dem Budget um 1,6 Mio. Fr.

Die Kantonsbeiträge an die **Sozialversicherungen (AHV/IV)** betrugen 80,9 Mio. Fr. (Voranschlag: 81,2 Mio. Fr.) und an die **Ergänzungsleistungen AHV/IV** 21,4 Mio. Fr. (Voranschlag 14,3 Mio. Fr.). Gegenüber dem Voranschlag ist bei den Ergänzungsleistungen eine Zunahme von 7,1 Mio. Fr., gegenüber dem Vorjahr eine von 12,2 Mio. Fr. zu verzeichnen. Die Ergänzungsleistung ist eine Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden. Sie dient als Ausgleich für die Folgen der Aufgabenreform soziale Sicherheit. Der Gemeindeanteil basiert auf 65.2% (Vorjahr 70%).

e) Amt für öffentliche Sicherheit

Der Aufwand betrug 7,7 Mio. Fr. (Voranschlag: 7,9 Mio. Fr.), insbesondere für Besoldungen und Sozialleistungen der direkt unterstellten Abteilungen. Die nachfolgenden Bemerkungen zu den einzelnen Teilbereichen gelten somit immer für den Sachaufwand (ohne die Besoldungskredite).

Für **Kostgelder Strafvollzug** wurden 4,7 Mio. Fr. aufgewendet. Das sind 1,3 Mio. Fr. weniger als budgetiert.

Der Aufwand für die **Untersuchungs- und Bezirksgefängnisse** belief sich auf 1,3 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,4 Mio. Fr.). Der Aufwand ist durch Kostgelder und Arbeitserlöse gedeckt.

Die von der **Gewerbe- und Handelspolizei** vereinnahmten Gebühren und Patenttaxen von 2,7 Mio. Fr. entsprechen dem Budget.

Der Aufwand in der Abteilung **Ausländerfragen** betrug 0,6 Mio. Fr. (Voranschlag: 0,7 Mio. Fr.). Die Erträge aus Pass- und Ausländergebühren beliefen sich auf 1,6 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,6 Mio. Fr.).

Für den separat ausgewiesenen Bereich **Ausländerfragen (Asyl)** betrugen die Kosten für Heimschaffungen 0,3 Mio. Fr.

5.1.7 Volkswirtschaftsdepartement

a) Allgemeine Bemerkungen

Insgesamt resultiert bei einem Aufwand von 117,6 Mio. Fr., einem Ertrag von 103,3 Mio. Fr. und internen Verrechnungen von 6,0 Mio. Fr. ein Nettoaufwand von 20,4 Mio. Fr. (Voranschlag: 27,9 Mio. Fr.). Die Verbesserung von 7,6 Mio. Fr. ist vor allem auf die Bereiche Wirtschaft und Arbeit zurückzuführen, wobei durch die Auflösung von Rückstellungen für Beschäftigungsprogramme und Rückzahlung von Vorschüssen ein Sonderertrag von 5,7 Mio. Fr. erzielt wurde.

Es ist dabei zu berücksichtigen, dass die teuerungsbedingten Mehrkosten des Personals gegenüber dem Budget 0,7 Mio. Fr. (davon 0,4 Mio. Fr. ergebniswirksam) ausmachen.

Im Volkswirtschaftsdepartement werden das Amt für Wirtschaft und Arbeit, das Kantonsforstamt, das Amt für Landwirtschaft sowie der Zivilschutz mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (siehe Kapitel 1.3).

b) Amt für Militär und Zivilschutz

Mit einem Aufwand von 10,1 Mio. Fr., einem Ertrag von 6,5 Mio. Fr. und internen Verrechnungen von 1,5 Mio. Fr. resultiert ein Nettoaufwand von 5,1 Mio. Fr. (Voranschlag: 5,0 Mio. Fr.). Das schlechtere Ergebnis gegenüber dem Voranschlag ist auf geringere Vergütungen des Bundes beim Zeughaus zurückzuführen.

5.1.8 Gerichte

Dem Aufwand von 16,3 Mio. Fr. stehen Erträge von 7,0 Mio. Fr. und Verrechnungen von 3,9 Mio. Fr. gegenüber. Daraus resultiert ein gegenüber dem Voranschlag um 1,0 Mio. Fr. höherer Aufwandüberschuss. Ins Gewicht fallen nebst den Besoldungen wiederum vor allem die schwer budgetierbaren Prozedurkosten, Verteidigungshonorare, Entschädigungen an Freigesprochene sowie Abschreibungen und Erlasse in Zivil- und Strafsachen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die teuerungsbedingten Mehrkosten des Personals gegenüber dem Budget 0,3 Mio. Fr. ausmachen.

5.2 Investitionsrechnung

5.2.1 Bau- und Justizdepartement

Für Investitionen unter der Leitung des Bau- und Justizdepartements sind insgesamt Ausgaben von 147,7 Mio. Fr. (Vorjahr: 167,6 Mio. Fr.) und Einnahmen von 88,2 Mio. Fr. (Vorjahr: 111,8 Mio. Fr.) getätigt worden. Die Nettoinvestitionen erreichen ein Volumen von 59,5 Mio. Fr. und liegen damit um 12,4 Mio. Fr. oder 17,3 Prozent unter dem Voranschlag.

Für ausserordentlichen Gebäudeunterhalt an **Berufs- und Mittelschulbauten** wurden 3,3 Mio. Fr. (Voranschlag: 2,0 Mio. Fr.) ausgegeben. Die Mehrausgaben von 1,3 Mio. Fr. sind auf den ursprünglich nicht budgetierten Umzug des Zeit Zentrums von Solothurn nach Grenchen zurückzuführen. An die Ausgaben für das Zeit Zentrum wurden ursprünglich ebenfalls nicht budgetierte Beiträge Dritter von 0,7 Mio. Fr. vereinnahmt. Ferner erfolgte in Zusammenhang mit der Schliessung der KBS Breitenbach eine nicht budgetierte Rückzahlung eines Teils von 1,5 Mio. Fr. des seinerzeitigen Bundesbeitrages.

Für **Spitalbauten** wurden Nettoinvestitionen in der Höhe von 18,4 Mio. Fr. getätigt, das sind 20,0 Mio. Fr. weniger als budgetiert. Nicht beansprucht wurde v.a. der Kredit von 19,6 Mio. Fr. für das Kantonsspital Olten. Die Einzelheiten sind im Bericht über die Spezialfinanzierungen 'Spitalbauten' (vgl. Abschnitt Erfolgsrechnung, Departement des Innern, Spitalamt) dargestellt.

Die Investitionsausgaben im Bereich der **allgemeinen Bauten** betrugen 2,9 Mio. Fr. In diesem Betrag sind 1,6 Mio. Fr. für ausserordentlichen Gebäudeunterhalt enthalten. Der Umbau des Schmelzihofes in Balsthal belastete die Rechnung mit 1,3 Mio. Fr., budgetiert waren 0,3 Mio. Fr.

Die Ausgaben für den **Kantonsstrassenbau** erreichten netto 12,0 Mio. Fr. und lagen damit um 0,6 Mio. Fr. tiefer als der Voranschlag.

Die Ausgaben für Investitionen in den **Nationalstrassenbau** und in Zufahrtsstrassen erreichten netto 18,6 Mio. Fr. und lagen damit um 3,9 Mio. Fr. über dem Voranschlag.

Für den **öffentlichen Verkehr** wurden netto 2,5 Mio. Fr. (Voranschlag: 2,8 Mio. Fr.) investiert. Die Gemeindebeiträge an die Leistungen des Kantons fielen um 0,2 Mio. Fr. tiefer aus als budgetiert.

Im **Amt für Umwelt** wurden Netto-Investitionen von 2,7 Mio. Fr. realisiert (Voranschlag: 1,0 Mio. Fr.). Nicht budgetiert war die Umwandlung eines Festgeldes von 2,0 Mio. Fr. an die Stahl Gerlafingen AG in ein zinsloses Darlehen. Die Bundesbeiträge (Durchlaufposten) an Gemeinden und Dritte für Umweltschutzbauten betrugen 2,3 Mio. Fr. (Voranschlag: 4,7 Mio. Fr.).

Die **Amtliche Vermessung** tätigte zur Realisierung des Projektes RADAV (Rasche Erfassung der Daten der Amtlichen Vermessung) Investitionen von 2,5 Mio. Fr. (Voranschlag: 3,3 Mio. Fr.). Der Einnahmenüberschuss aus Bundes- und Gemeindebeiträgen an die Erstellung der amtlichen Vermessung beträgt 1,7 Mio. Fr. (Voranschlag: 0,8 Mio. Fr.).

5.2.2 Departement für Bildung und Kultur

Für **Ausbildungsdarlehen** sind 1,6 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,8 Mio. Fr.) ausbezahlt worden. Die Rückzahlungen lagen bei 1,3 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,8 Mio. Fr.).

Für die Ausrüstung der **Kantonalen Schulen** mit EDV-Systemen wurden 0,6 Mio. Fr. verwendet.

5.2.3 Finanzdepartement

An **Rückzahlungen von ALV-Darlehen an den Bund** mussten 34,5 Mio. Fr. geleistet werden. Auf der anderen Seite hat der Bund Darlehen in derselben Höhe zurückbezahlt, so dass die Nettoinvestitionen gleich Null sind.

Innerhalb des **Finanzausgleiches Einwohnergemeinden** wurden 0,8 Mio. Fr. Investitionsbeiträge anstelle der vorgesehenen 1,8 Mio. Fr. ausbezahlt.

Das **Amt für Informatik und Organisation** verfügte über einen Investitionskredit von 9,0 Mio. Fr., welcher gemäss Voranschlag verwendet wurde.

5.2.4 Departement des Inneren

Die **Lebensmittelkontrolle** investierte 0,5 Mio. Fr. in neue Instrumente (Voranschlag: 0,2 Mio. Fr.).

Bei den **Sozialen Institutionen** wurde wegen später als geplant erfolgter Abrechnung ein nicht budgetierter Bundesbeitrag von 1,6 Mio. Fr. an die KPK, Wohnheim-Beschäftigungsstätte, vereinnahmt.

Die **Polizei** investierte 0,7 Mio. Fr. hauptsächlich in neue Polizeifahrzeuge und vereinnahmte einen später als erwartet überwiesenen Bundesbeitrag von 0,3 Mio. Fr. an die Alarmzentrale 2000.

5.2.5 Volkswirtschaftsdepartement

Die Nettoinvestitionen im **Amt für Landwirtschaft** erreichten 1,8 Mio. Fr. und lagen damit um 1,3 Mio. Fr. unter dem Voranschlag. Beiträge an Strukturverbesserungsmassnahmen betrugen netto 0,8 Mio. Fr. und Bergstrassen-Projekte wurden mit 0,6 Mio. Fr. unterstützt.

6. Bilanz

6.1. Übersicht

Die Bilanz der Staatsrechnung per 31. Dezember 2002 zeigt folgendes Bild:

Aktiven	Mio. Fr.	Passiven	Mio. Fr.
Finanzvermögen	558,1	Fremdkapital	1'656,3
Verwaltungsvermögen	447,7		
Vorschüsse für			
Spezialfinanzierungen	35,8	Verpflichtungen für	
Bilanzfehlbetrag	<u>671,3</u>	Spezialfinanzierungen	<u>56,6</u>
	<u>1'712,9</u>		<u>1'712,9</u>

Die **Bilanzsumme** hat im Rechnungsjahr um 65,0 Mio. Fr. oder 4 % zugenommen; sie beträgt per 31. Dezember 2002 total 1'712,9 Mio. Fr.

Das **Finanzvermögen** (Flüssige Mittel, Anlagen, Guthaben) hat im Jahr 2002 um 104,4 Mio. Fr. zugenommen. Dies liegt vor allem an den Guthaben, die um 90,2 Mio. Fr. zugenommen haben.

Das **Verwaltungsvermögen** hat per Saldo um 40,1 Mio. Fr. abgenommen, bedingt vor allem durch die Rückzahlung des Darlehens an die ALV (– 34,5 Mio. Fr.).

Auf dem **Bilanzfehlbetrag** von 661,8 Mio. Fr. wurden Abschreibungen von 20% oder 132,4 Mio. Fr. vorgenommen. Er erhöhte sich jedoch wieder um das ausgewiesene Defizit von 141,9 Mio. Fr. auf total 671,3 Mio. Fr.

Das **Fremdkapital** hat im Jahr 2002 per saldo um 68,2 Mio. Fr. zugenommen: Zu dieser Erhöhung trug vor allem die Zunahme der kurzfristigen Schulden (+22,0 Mio. Fr.) sowie die Aufnahme von mittel- und langfristigen Schulden (+ 45,6 Mio. Fr.) bei.

Die **Spezialfinanzierungen** haben im Jahr 2002 gesamthaft um 5,7 Mio. Fr. zugenommen. Der Spitalbaufonds konnte seinen Minusbestand um 15,2 Mio. Fr. auf 2,5 Mio. Fr. reduzieren. Der Minusbestand des Strassenbaufonds hingegen wuchs um 6,4 Mio. Fr. auf 33,4 Mio. Fr.

6.2 Finanzierungsnachweis

Im Finanzierungsnachweis werden die Mittelverwendung und deren Finanzierung (Mittelherkunft) erzeugt:

Mittelherkunft		Mio. Fr.
Cash Flow		
– Aufwandüberschuss	– 141,9	
– Abschreibungen Sachgüter und Investitionsbeiträge	30,8	
– Abschreibungen Spezialfinanzierungen	50,3	
– Abschreibung Bilanzfehlbetrag	<u>132,4</u>	71,6
Abnahme Flüssige Mittel		2,3
Abnahme Anlagen		0,6
Abnahme Darlehen an ALV		34,5
Abnahme Vorschüsse für Spezialfinanzierungen		8,8
Zunahme laufende Verpflichtungen		8,5
Zunahme kurzfristige Schulden		22,0
Zunahme Obligationenanleihen		100,0
Zunahme Verpflichtungen für Sonderrechnungen		2,4
Total		<u>250,7</u>

Mittelverwendung	Mio. Fr.
Nettoinvestitionen	

- Sachgüter und Investitionsbeiträge	19,8	
- Spezialfinanzierungen	<u>50,3</u>	70,1
Zunahme Guthaben		90,2
Zunahme übrige Darlehen und Beteiligungen		5,4
Zunahme aktive Rechnungsabgrenzung		17,1
Abnahme übrige mittel- und langfristige Schulden		54,4
Abnahme Rückstellungen		4,6
Abnahme passive Rechnungsabgrenzung		5,7
Abnahme Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen		3,2
Total		<u>250,7</u>

6.3 Bürgschaften, Eventualverpflichtungen und Regressforderungen

Das Total der Bürgschaften, Eventualverpflichtungen und Regressforderungen erreicht rund 970 Mio. Fr. und setzt sich wie folgt zusammen:

- Die Bürgschaften aus dem **Gewässerschutz** betragen 7,0 Mio. Fr. Sie reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Mio. Fr.
- In der **Wirtschaftsförderung** reduzierte sich die Zahl der Verpflichtungen auf 14 (Vorjahr: 20). Der Bürgschaftsbetrag nahm per saldo um 0,9 Mio. Fr. auf 2,7 Mio. Fr. ab.
- Gestützt auf die Bundesgesetze über Investitionskredite für die Forstwirtschaft im Berggebiet und über den Wald sind Bürgschaften für das **Forstwesen** über 2,6 Mio. Fr. im Anhang zur Bilanz aufgeführt.
- Gestützt auf das Bundesgesetz über Investitionshilfe im Berggebiet (IHG) bestehen Bürgschaften für **Strukturverbesserungen** über 3,5 Mio. Fr.

Die Bürgschaftsverpflichtungen gegenüber der **Solothurnischen Bürgschaftsstiftung für bäuerliche Heimwesen** betragen 0,1 Mio. Fr.

Die Eventualverpflichtung gegenüber der **Kantonalen Pensionskasse Solothurn** für die ausgewiesene Unterdeckung per 31.12.2001 beträgt 555,2 Mio. Fr. Gegenüber 2000 hat sie um 25,9 Mio. Fr. zugenommen. Der Deckungsgrad reduziert sich folglich geringfügig um 0,2 % auf 76,5 %, ohne Berücksichtigung der Stabilisierungsreserve. In der Unterdeckung ist der Anteil der öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber der Anschlussmitglieder nicht abgezogen. Die Unterdeckung der Kantonalen Pensionskasse wird durch den Kanton nicht verzinst. Die Angaben per 31.12.2002 liegen zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung noch nicht vor. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die Unterdeckung im Verlaufe des Jahres 2002 weiter zu-

genommen hat. Genaue Zahlen werden im Abschluss 2002 der Pensionskasse veröffentlicht.

Für die von der **Landwirtschaftlichen Kreditkasse** gewährten Darlehen für Investitionen und Betriebshilfen bestehen Eventualverpflichtungen von insgesamt 51,4 Mio. Fr. Gegenüber dem Vorjahr haben sie um 2,3 Mio. Fr. zugenommen.

Als nicht näher quantifizierbare Eventualverpflichtungen werden für **Altlastsanierung / Depo-**
nien 100 bis 300 Mio. Fr. aufgeführt.

Für die Investitionen des Pächters des **Gutsbetriebs Rosegg** besteht eine Staatsgarantie von 0,3 Mio. Fr., die sich jährlich um 4 % Abschreibungen reduziert.

Für mögliche Rückzahlungen des Sockelbeitrags gemäss **KVG für Zusatzversicherte** durch Versicherer, die dem Abkommen SDK-Santé Suisse für Behandlungen vor dem 31.12.2001 nicht beigetreten sind, besteht eine Eventualverpflichtung in der Höhe von rund 1 Mio. Fr.

Im Übrigen besteht eine im Jahre 2003 fällig werdende **Regressforderung** gegenüber der Firma PRIGEN AG (Wohnbauten im Brühl Solothurn), die durch eine unverzichtbare Bankverpflichtung gesichert ist. Die Forderung des Staates beträgt 3'552'500 Franken, wovon 1'776'250 Franken an die Einwohnergemeinden zurückzuerstatten sein werden. Gegenüber dem Vorjahr erfolgte keine Änderung.

Die **grundpfandgesicherten Forderungen aus Verwandtenunterstützungen** von 10,2 Mio. Fr. (2001: 10,3 Mio. Fr.) betragen rund 3,4 Mio. Fr. (2001: rund 3,6 Mio. Fr.).

Insgesamt bestehen im Kanton Solothurn per Ende 2002 **Leasingverpflichtungen** in der Höhe von 0,3 Mio. Fr. (Anlagenleasing durch das Amt für Informatik und Organisation).

Per Ende 2002 ist ein Bestand von insgesamt 31,8 Mio. Fr. **zugesicherte aber noch nicht ausbezahlte Staatsbeiträge** hauptsächlich für die Bereiche Umwelt, Forst und Landwirtschaft zu verzeichnen.

Im Abschnitt 'Übersichten' findet sich eine detaillierte Zusammenstellung über sämtliche Bürgschaften, Eventualverpflichtungen und Regressforderungen.

7. Verfassungsmässigkeit

Gestützt auf Artikel 74 Buchstabe c in Verbindung mit Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung ist der Kantonsrat abschliessend zuständig, die Staatsrechnung zu genehmigen. Der Genehmigungsbeschluss unterliegt nicht dem Referendum.

8. Antrag

Wir bitten Sie, dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Christian Wanner
Landammann

Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Revisionsbericht

zur Staatsrechnung 2002

an den Kantonsrat des Kantons Solothurn

1. Staatsrechnung 2002

Die Finanzkontrolle hat die Buchführung und die vom Finanzdepartement vorgelegte Staatsrechnung 2002 (Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Globalbudgets, Anhang, Verpflichtungskreditkontrolle und die Rechnungen der Legate und Stiftungen) geprüft. Die in der Staatsrechnung separat aufgeführten Jahresrechnungen der Spitäler und weiterer staatlicher Institutionen werden anlässlich der separaten Revisionen geprüft.

Für die Staatsrechnung ist der Regierungsrat und der Kantonsrat verantwortlich. Unsere Aufgabe besteht darin, die Rechnung zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Abschlussrevision umfasste die Prüfung der Bilanzpositionen sowie eine summarische Prüfung der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung. Der Rechnungsvkehr der Dienststellen sowie die dezentralen Rechnungsabschlüsse werden anlässlich der periodisch vorzunehmenden internen Revision der Dienststellen einer vertieften Prüfung unterzogen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den massgebenden Grundsätzen der Revision, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Staatsrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Staatsrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Staatsrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Staatsrechnung 2002 den gesetzlichen Bestimmungen und der Verordnung über den Finanzhaushalt. Diese Beurteilung steht allerdings unter den folgenden zwei Einschränkungen:

- **Bilanzfehlbetrag Staatsrechnung**

Nach § 19 der Finanzhaushaltsverordnung vom 21. Januar 1981 (BGS 611.22) ist der Bilanzfehlbetrag innerhalb von 5 Jahren in gleichen Tranchen abzuschreiben. Diese Bestimmung, welche durch Beschluss des Kantonsrates erstmals für das Budget 2000 hätte wirksam werden sollen, wird nicht eingehalten. Obwohl jährlich die notwendige Abschreibung des Bilanzfehlbetrages von rund 130 Mio. Franken im Voranschlag und in

der Rechnung eingesetzt wurde, konnte bis heute keine wirksame Abtragung des Bilanzfehlbetrages erreicht werden, da der dazu notwendige operative Ertragsüberschuss fehlt. Obwohl der Regierungsrat die dazu notwendige Steuererhöhung beantragt hat, lehnte der Kantonsrat diese ab. § 19 der Finanzhaushaltsverordnung wird nach wie vor verletzt.

- **Bilanzfehlbetrag Strassenbaufonds**

Nach § 11 der Finanzhaushaltsverordnung sind Vorschüsse an Spezialfinanzierungen (Bilanzfehlbetrag) nur zulässig, wenn die zweckgebundenen Einnahmen den Aufwand vorübergehend nicht decken. Dieser Bilanzfehlbetrag ist innerhalb 3 – 5 Jahren abzuschreiben. Der im Jahre 1999 erstmals entstandene Bilanzfehlbetrag von 13 Mio. Franken, welcher per Ende 2002 auf 33 Mio. Franken angestiegen ist, müsste demnach spätestens im Jahr 2004 wieder vollständig abgeschrieben sein. Da die im Jahr 2003 in Kraft getretene Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer befristet und zweckgebunden für die Finanzierung der Verkehrsentslastungsprojekte Olten und Solothurn zu verwenden ist, kann die Abtragung des Bilanzfehlbetrages nicht in der vorgegebenen Frist erreicht werden. § 11 der Finanzhaushaltsverordnung wird folglich verletzt.

Wir beantragen dem Regierungsrat und dem Kantonsrat, die vorliegende Staatsrechnung trotz dieser zwei Einschränkungen zu genehmigen.

2. Revisionen 2002

Nebst der Prüfung der Staatsrechnung hat die Finanzkontrolle im Laufe des Jahres 2002 die nachfolgenden Externen und Internen Revisionen durchgeführt. Die Finanzkommission wurde laufend über die Ergebnisse dieser Revisionen mit den entsprechenden Revisionsberichten informiert.

Externe Revisionen	Interne Revisionen
1.1 Staatsrechnung 2001 1.2 Stiftungen und Anstalten mit direkter Finanzaufsicht der Finanzkommission *) Spitäler allgemein Bezirksspital Breitenbach Bürgerspital Solothurn Höhenklinik Allerheiligenberg Kantonsspital Olten Psychiatrische Dienste des Kantons Solothurn Wohnheim und Beschäftigungsstätte Wyssselei Spital Dornach Spital Grenchen Berufliche Vorsorge des Regierungsrates Fachhochschule Olten, Abschlussrevision	2.1 Ordentliche Revisionen Abschreibungsbegehren Amt für Berufsbildung und -beratung Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit, Ergänzungsleistungen Amt für öffentliche Sicherheit, Abt. Straf- und Massnahmenvollzug Amt für Volksschule und Kindergarten, Lehrerfortbildung Hochbauamt, Parkplatzbewirtschaftung Rekurskommissionen (Finanzausgleich, Schätzungskommission, Gebäudeversicherung, Landwirtschaft) Staatsanwaltschaft Steuerveranlagungen/Kontrollkonzept Untersuchungsrichteramt Solothurn/Olten 2.2 Baurevisionen Hochbauamt, Gebäudeunterhalt 2000 / 2001 Nationalstrassen, Unterhalt 2001

Fachhochschule Olten, Interne Revision GASS Aufgabenreform Soziale Sicherheit MFK Traffic-User-Club Schläfli-Fonds Solothurnische Gebäudeversicherung / IFA Ausbildungszentrum Stiftung Schloss Waldegg Strafanstalt Schöngrün (Review) Therapiezentrum im Schache (Review) 1.3 Stiftungen mit Finanz-kontrolle als Revisionsstelle A. Grütter-Schlatter-Stiftung Försterschule Lyss Hochschule Wädenswil Regionales Gymnasium Laufenthal-Thierstein Sol. Bürgerschaftsstiftung für das bäuerliche Heimwesen Sol. Landwirtschaftliche Kreditkasse Stiftung Dornacher Schlachtdenkmal Stiftung für Eidg. Zusammenarbeit Stiftung Schloss Wartenfels Zentralbibliothek Solothurn 1.4 Bund Bundesamt für Strassenbau, Jahresrevisionsbericht Nationalstrassenunterhalt Betriebsabrechnung Stipendienabrechnung für Bund	SGV, IFA Ausbildungszentrum Spital Olten, Neubau (Behandlungstrakt) Strassenbauprogramm 2000/2001 Therapiezentrum im Schache, Bauabrechnung 2.3 Informatikrevisionen 2.4 Projektbegleitungen Rechnungswesen Delphin/SAP Gerichte INGE Spitäler NAXOS Diverse Informatikprojekte 2.5 Follow up versch. Revisionen 2.6 Verschiedene Aufträge Amt für Wirtschaft und Arbeit, Zwischenbericht Amt für Wirtschaft und Arbeit, Spezialprüfung Amt für Wirtschaft und Arbeit, Zusatzprüfung Gesetz über WOV und Finanzkontrolle Kosten-/Leistungsrechnung Sonderschulen, Situationsanalyse und Abgrenzungen ZeitZentrum, Spezialprüfung *) Finanzkontrolle ist auch Interne Revisionsstelle
---	---

3. Beurteilung der finanziellen Lage

3.1 Staatsrechnung 2002

Aufgrund des operativen Aufwandüberschusses von 9,5 Mio. Franken hat der Bilanzfehlbetrag und die daraus resultierende Ueberschuldung erneut zugenommen und beträgt Ende 2002 671,3 Mio. Franken. Der erzielte Finanzierungsüberschuss von 0,3 Mio. Franken hat eine geringfügige Abnahme der Nettoschuld zur Folge. Diese beläuft sich auf 1'063,5 Mio. Franken (Vorjahr 1'063,8 Mio.) oder auf 4'288 Franken je Einwohner (Vorjahr 4'303 Franken).

Trotz der Stabilisierung der Nettoverschuldung auf dem Niveau des Vorjahres ist die finanzielle Lage des Kantons nach wie vor unbefriedigend. Durch den Umstand, dass verschiedene Kostensenkungsmassnahmen wieder durch gesetzlich notwendige Mehrausgaben oder Mindereinnahmen kompensiert wurden, konnte bis heute weder das Ziel des Rechnungsausgleichs noch eine wirksame Abtragung des seit 1993 bestehenden Bilanzfehlbetrages erreicht werden. Gemäss den gesetzlichen Bestimmungen (Art. 130 Kantonsverfassung, § 6 und

19 der Finanzhaushaltverordnung) und dem Grundsatz des mittelfristigen Rechnungsausgleichs müsste die Abtragung des Bilanzfehlbetrages heute vollständig abgeschlossen sein.

3.2 Herstellung des Finanzhaushaltgleichgewichts

Mit den laufenden Sparpaketen sollen weitere, signifikante Sparmassnahmen für eine nachhaltige Sanierung des Finanzhaushaltes umgesetzt werden.

Im Zusammenhang mit der Herstellung des Finanzhaushaltgleichgewichts hat der Regierungsrat am 23. September 2002 (RRB Nr. 1936) zwei essentielle, zukunftsweisende Vorlagen beschlossen und ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Die eine Vorlage umfasst die Einführung einer Defizit- und Steuererhöhungsbremse ab Voranschlag 2005. Damit soll vermieden werden, dass der Kanton in Zukunft wieder Defizite schreibt, die zu einer Erhöhung des Bilanzfehlbetrages führen. Die zweite Vorlage betrifft den Abbau des Bilanzfehlbetrages. Diese Vorlage sieht vor, den bestehenden Bilanzfehlbetrag per 31. Dezember 2004 und die damit verbundene Verschuldung innerhalb von 25 Jahren abzutragen.

Die Herstellung des Finanzhaushaltgleichgewichts ist nach wie vor das prioritäre Ziel. Die geltenden Rechtsgrundlagen inbezug auf die Verhinderung von Defiziten und die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages haben sich nicht bewährt. Es sind wirksamere und verbindlichere Bestimmungen auf Verfassungsebene notwendig. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen wird eine nachhaltige Sanierung der Kantonsfinanzen erreicht. Ein weiteres Ansteigen der Verschuldung kann damit verhindert und der Bilanzfehlbetrag und die damit verbundene Verschuldung beseitigt werden. Gleichzeitig wird der Handlungsspielraum zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben erweitert und die Uebertragung von übermässigen Schuldenlasten auf die künftige Generation verhindert.

3.3 Spezialfinanzierung Strassenbaufonds und Spitalbaufonds

Bei der Spezialfinanzierung Strassenbaufonds hat der im Jahre 1999 entstandene Vorschuss (Bilanzfehlbetrag) weiter zugenommen. Er ist um 6,4 Mio. auf 33,4 Mio. Franken angewachsen. Der im gleichen Jahr entstandene Vorschuss beim Spitalbaufonds konnte um 15,2 auf 2,5 Mio. Franken vermindert werden. Diese Fehlbeträge müssen durch zusätzlich generierte Ertragsüberschüsse wieder abgetragen werden.

Es obliegt dem Regierungsrat und dem Kantonsrat, die notwendigen Massnahmen zu beschliessen, welche für die Entlastung der Erfolgsrechnung und den Ausgleich des Strassenbaufonds sowie für die Abschreibung der entsprechenden Bilanzfehlbeträge notwendig sind.

Die Finanzkommission, der Regierungsrat und das Finanzdepartement werden mit einem ausführlichen Revisionsbericht über die Prüfung der Staatsrechnung 2002 orientiert.

Kantonale Finanzkontrolle

P. Hard
Chef

M. Oppliger
Leitender Revisor

9. Beschlussesentwurf

Staatsrechnung 2002

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Buchstabe c in Verbindung mit Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹, § 18 des Fachhochschulgesetzes des Kantons Solothurn vom 28. September 1997² und § 32 Absatz 4 der Verordnung über den Finanzhaushalt vom 21. Januar 1981³, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 25. März 2003 (RRB Nr. 2003/538), nach Kenntnisnahme des Berichts der Finanzkontrolle vom 25. März 2003, beschliesst:

1. Die Staatsrechnung für das Jahr 2002 wird wie folgt genehmigt:

1.1 Erfolgsrechnung:

Aufwand (ohne Abschreibung Bilanzfehlbetrag)	Fr.	1'415'289'432.10
Ertrag	Fr.	<u>1'405'804'987.40</u>
Operativer Aufwandüberschuss	Fr.	<u>9'484'444.70</u>
 Abschreibung Bilanzfehlbetrag	Fr.	<u>132'367'142.60</u>
Gesamter Aufwandüberschuss	Fr.	<u>141'851'587.30</u>

1.2 Investitionsrechnung:

Ausgaben	Fr.	202'680'143.75
Einnahmen	Fr.	<u>131'323'959.28</u>
Nettoinvestitionen	Fr.	<u>71'356'184.47</u>

1.3 Bilanz mit einer Bilanzsumme von Fr. 1'712'915'001.14

2. Der gesamte Aufwandüberschuss von Fr. 141'851'587.30 wird dem Bilanzfehlbetrag zugewiesen.

¹ BGS 111.1

² BGS 415.211

³ BGS 611.22

3. Es wird davon Kenntnis genommen, dass
 - 3.1 die Nettoinvestitionen im Betrag von Fr. 71'356'184.47 in der Bilanz aktiviert wurden;
 - 3.2 die ordentlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen Fr. 30'814'860.57 betragen;
 - 3.3 die Rückstellungen insgesamt um Fr. 4'591'702 abgenommen haben und sich per 31.12.2002 auf Fr. 67'981'178 belaufen;
 - 3.4 die Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag Fr. 132'367'142.60 betragen;
 - 3.5 der Bilanzfehlbetrag per 31. Dezember 2002 mit Fr. 671'320'157.71 aufgeführt ist;
 - 3.6 die Bürgschaften mit Fr. 15'861'321 ausgewiesen sind und die Garantie des Kantons für die statutarischen Leistungen der Kantonalen Pensionskasse Solothurn per Ende 2001 insgesamt 555,2 Mio. Fr. beträgt. Die Angaben zu Staatsgarantie für die Pensionskasse per 31.12.2002 liegen zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung noch nicht vor. Genaue Zahlen werden im Abschluss 2001 der Pensionskasse veröffentlicht.
4. Erfolgsrechnung und Bilanz der Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn, der Spitäler, des GASS (Gesetz Aufgabenreform soziale Sicherheit), des Wohnheims Wysssestei, der Beschäftigungsstätte Wysssestei sowie des MFK-User-Clubs per Ende 2002 werden genehmigt.

Im Namen des Kantonsrates

Präsidentin:

Ratssekretär:

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Finanzdepartement

Amt für Finanzen (3)

Kantonale Finanzkontrolle

Parlamentsdienste